

ersch. täglich außer Montags. Preis 2,50 Mark, monatlich 7,50 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzige Nummer mit 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 1 Mark. Sonntags-Beilage: Neue Welt 10 Pf. Volkshaus: 2,50 Mark pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Völkervereinigung 2 Mark, für das Abonnement: Ausland 2 Mark, pr. Monat, Singen in der Volkshaus-Veranstaltung für 1892 unter Nr. 642.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Gespräch-Ausschluss
Juli 1, Nr. 4-50.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 7. Oktober 1892.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Baare und Fusangel.

Den „seltsamsten Vergleich, der in den Annalen der deutschen Rechtsplege verzeichnet ist“, nennt die „Kölnische Volkszeitung“, falls eine Parteigenossin von Fusangel, die Komödie, mit welcher Baare und Fusangel ihre Prozesse am 3. d. M. vor der Strafkammer zu Essen abgeschlossen haben. Wir meinen, wer die beteiligten Personen kennt und die Forderung, in welcher sich die bürgerliche Welt am Ende unseres Jahrhunderts befindet, wird den Vergleich nicht allzu seltsam finden. Unerwartet kam er deshalb, weil Fusangel bis jetzt alles durchgeföhrt hat, was er sich mit Baare eingebrocht hatte. Aber, wie gelobt, seltsam im bürgerlichen Sinne ist an der Sache eigentlich nichts. Die Erklärung ist doch aus unseren Zuständen ziemlich zuverlässig zu geben. Baare ist der Musterunternehmer des Großkapitalist im do sialo (auf der Höhe des Jahresbudgets) der von jeder neuen Prozessvorhandlung neue Schande und neue Blamage zu fürchten hat. Wie Augenzeugen versichern, ist er übrigens bereits jetzt körperlich runter und gebrochen durch die Ausbreitung aller der Thaten, die von ihm und in seiner Umgebung begangen worden. Es kann sich also nur fragen, wie Fusangel dazu kommt, den Kampf gegen die rheinisch-westfälische Unternehmerrückbildung plötzlich feige im Stich zu lassen. Die Antwort ist furchtbar einfach: Fusangel ist selbst Bourgeois, selbst verbunden durch unlösliche Bande mit der ausgesauften Gesellschaft, aus welcher er einzelne Vertreter zu bekämpfen begann aus rein bürgerlichem Interesse, im Interesse der ultramontanen Oberherrschafft schwarzer Priesterherrschaft über die nationalliberale Unternehmerrückbildung. Die katholische Kirche, die Fusangel mit ihren weltlichen Machtgelüsten vertritt, will vorherrschen, aber sie will es in wohligen Einvernehmen mit den Mächtigen dieser Erde, die sie als ihre Werkzeuge zur geistigen Verflämung des Volkes braucht, nachdem diese Werkzeuge die materielle Verflämung, die Unternehmer die Unterdrückung der Arbeiter befohrt haben. Also wohl Priesterherrschaft, aber unter der Priesterherrschaft die vorherrschende Unternehmerrückbildung. Und die Unternehmerrückbildung drohte beim Fortgange der Prozesse Baare-Fusangel ein arges Loch zu bekommen. Erst hatte Fusangel das die Korruption in Staats- und Gemeindeverwaltung bekämpft, deren Haupt Baare in Rheinland-Westfalen war. Aber der Eifer des Kampfes hat ihn schließlich zu der materiellen Unterlage geführt, die alle bürgerliche Verfaultheit hat: zu der Schandwirtschaft in den Baare'schen Unternehmungen selber. Der letzte Stempelprozess, dessen urkundliche Feststellungen hier seiner Zeit trotz dem freisprechenden Urtheil der bürgerlichen Richter zu einem Strauß überlieferender Blüthen am Baume der rheinisch-westfälischen Unternehmerrückbildung vereint werden konnten, hätte Fusangel aus seiner bürgerlichen Beschränktheit herausführen können. Er hätte ihm klar machen müssen, daß sich jene Korruption

nicht vom abstrakt sittlichen und moralischen Standpunkt, sondern nur vom proletarischen, sozialistischen erfolgreich bekämpfen läßt, daß die Angriffe, wenn sie ins Herz treffen sollen, gerichtet werden müssen gegen die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung mit ihrem verfaulenden Proletariat auf der einen und der Lohnsklaverei auf der anderen Seite. Aber Fusangel ist vor dieser Konsequenz feige zurückgeschreckt. Die bürgerliche Justiz, die ihm eine Gefängnisstrafe nach der anderen diktiert, hat ihn müde gemacht, statt seinen Blick zu erweitern. Die ideale Begeisterung für eine große Weltbewegung, die alles Verborbene wegräumen will, fehlte als Rückhalt bei einem Manne, der nur für die Interessen einer anderen Bourgeoispartei kämpfte. Fusangel entdeckte wieder sein gut bürgerliches Herz — und damit war der komödienhafte Abschluß in Essen gegeben.

Nach dieser einfachen Erklärung eines Vorganges, welcher der sozialistischen Sache wiederum einen herrlichen Triumph verschafft, braucht es eigentlich eines weiteren Eingehens auf dasjenige, was in Essen zur Verhandlung stehen sollte, kaum mehr. Und doch soll, um die bürgerliche Korruption bis in ihre Einzelheiten zu malen, das Bild hier ein für alle Mal vollständig gezeichnet werden. Ein Theil der Artikel, wegen deren Baare den Fusangel zur Verantwortung ziehen wollte, behandelte die beispiellosen Bochumer Steuerdefraudationen. In den meisten dieser Artikel spielte die Person und die kommunale und politische Thätigkeit des Generaldirektors Baare die Hauptrolle; auf seinen Einfluß und seine Thätigkeit wurde ein großer Theil der gerügten Uebelstände in Bochum zurückgeführt, er wurde förmlich als die Seele derselben hingestellt. U. a. wurde von ihm auch behauptet, er habe ein jährliches Einkommen von 330 000 M., bezahle aber nur für ein Einkommen von 28 000—32 000 M. Steuern. In seiner eiblichen Vernehmung am vierten Verhandlungstage (am 4. Juni) erklärte dann Herr Baare, er habe 1889 „nur 110 000 M.“ Einkommen gehabt, wozu allerdings noch einige Summen kämen, die er alljährlich an Verwandte zahlen müsse und deshalb als nicht steuerpflichtig abgezogen habe. Dazu schrieb Fusangel: „Er (Baare) hat nichts gewußt, obgleich er Stadtverordneter war und sich mit Handschlag verpflichtet hatte, nach bestem Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl und den gemeinen Säckel zu sorgen.“ Es ist bekannt und gerichtlich festgestellt, daß er (Baare) es sich ein Trinkgeld von 100 M. hat kosten lassen, um einen total verlogenen, mich (Fusangel) persönlich verleumdenden Artikel in die „Köln. Ztg.“ hineinzu schmuggeln.“ Wir halten es für unsere Pflicht, den Beweis zu erbringen, daß die schrankenlose Selbstsucht ihre häßlichsten Triumphe feiert und daß unser Kaiser übel beraten wäre, wenn er den Einflüsterungen von Leuten Gehör geben würde, deren blinde Profitwuth sie weit über die Grenzen des Anstandes und der guten Sitte schweifen läßt.“ Ist es nicht geradezu haarsträubend, wenn ein solcher Mann, ohne im Geringsten zu erwägen oder sich unbekümmert dabei zu fühlen, seinen Arbeitern die Steuern monatlich vom Lohn abhält, obgleich

er sich sagen muß, daß eigentlich er selbst einen nicht unbedeutenden Theil dieser Lasten auf sich nehmen müßte!“ Herr General-Direktor Baare hat sich von dem ihn hochverehrenden Stadtverordneten-Kollegium der Stadt Bochum zum Ehrenbürger ernennen lassen, und er zeigt sich dieser Ernennung würdig dadurch, daß er jedes Jahr aus dem Fiskus der Einschätzungs-Kommission stillschweigend Nutzen zieht und viele Tausend Mark, welche eigentlich in die Bochumer Stadtkasse wandern müßten, ganz ruhig in der Tasche behält.“ Wenn bei einem Theile der Arbeitgeber das Unterscheidungsvermögen zwischen „Mein und Dein“ das Rechtsbewußtsein, soweit wie Staat und Gemeinde in Betracht kommen, so sehr abgestumpft ist, so wird wohl ein gelinder Zweifel daran laut werden dürfen, ob man den Arbeitern gegenüber nach reinlicheren Grundsätzen verfährt.“ Auch hier spielt die Profitwuth, die schrankenlose Selbstsucht ihre niedrige Rolle.“ Ferner wird, wie wir bereits mitgeteilt, dem Geheimen Rath Baare „unreelle Geschäftsgebahrung“, „Mogelei“, „schmachvoller Betrug“, „unreelle Machenschaften“, „lage Geschäftsmoral“ und dergleichen mehr vorgeworfen. In einem Artikel wird behauptet, daß Herr Geh. Kommerzienrath Baare Falschdefraudationen begangen und den Staat um hohe Summen betrogen habe. In einem ferneren Artikel heißt es: „Die Siegesgewißheit, welche Herr Baare zur Schau trägt, imponirt uns nicht im geringsten, denn wir kennen unseren Pappenheimer, der niemals mehr flunkert, als wenn er einen Mißerfolg voraussieht. Wir erinnern nur an Savona, dessen Emporkommen Herr Baare mit großem Nachdruck zu einem Zeitpunkt als unmittelbar bevorstehend ankündigte, wo das Werk bereits nicht mehr zahlungsfähig war und Mittel, den Krach zu verhüten, absolut nicht mehr beschafft werden konnten. Uns macht Herr Baare mit seinen Redensarten nichts weiß; im Gegentheil, wir sind froh, ihn in dieser Weise wider besseres Wissen sich äußern zu hören, denn er untergräbt selbst das Vertrauen zu seiner Glaubwürdigkeit bei denjenigen Personen, welche wissen, wie die Sache eigentlich steht.“ Des weiteren wird Herr Geheimen Rath Baare ein „Verbrecher“ genannt, es wird ihm ein „weites Gewissen“ vorgeworfen und ausgesprochen, daß er zur „Ausbeutergesellschaft“ gehöre, daß er in das Ausland fliehen wolle u. s. w. In einer Polemik gegen das „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“ heißt es: „Wenn die Montenegriner Dammel stehlen und die Tücken sich dies nicht gefallen lassen wollen, jammern die ersteren über die Schädigung ihrer nationalen Interessen. So machen es auch diejenigen um Baare.“ Wir verstehen ihren tiefen Schmerz, theilen ihn aber nicht.“ In einem ferneren Artikel heißt es: „Vor einer solchen Geschäftspraxis müssen selbst die alten Raubritter den Hut abnehmen, denn so im Großen haben diese die Uebervorteilungen ihrer Mitmenschen doch nicht betrieben.“ Wenn Liberalismus und Protestantismus es leiden, daß man ihnen Herrn Baare an die Rockhöhe hängt, so ist das lediglich ihre Sache, und es wird uns nicht einfallen, auch nur ein Wort darüber zu verlieren.“

Feuilleton.

140

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Ein zweiter Anblick hingegen, den man von derselben Höhe aus beobachten konnte, bedeutete einen Schnitt der Weiden: Unser Regiment Abovenhüller wird in einen Sumpf dirigirt, wo es nicht heraus kann und bis auf Wenige niedergeschossen wird. Die Getroffenen fallen hin in den Sumpf. Hier versterben, ersticken müssen — in Mund und Nase und Augen Schlamm — nicht einmal schreien können! ... Nun ja, zugestanden: es war ein Fehler desjenigen, der die Leute dorthin kommandirt hatte; aber — „irren ist menschlich“ und der Verlust ist kein Fehler — stellt ungefähr einen geschlagenen Bauer vor; ein nächster genialer Zug mit Thurm oder Königin, und alles ist wieder gut gemacht. Der Schlamm bleibt zwar in Mund und Augen der Gefallenen, aber das ist ja nebenbei und das Tadelnswürthe dabei ist der taktische Fehler; der muß durch eine spätere glückliche Kombination ausgemerzt werden, und dem betreffenden Führer können dann immerhin noch schöne Orden und Beförderung blähen. Das nennst du 18. Jägerbataillon während eines Nachtkampfes durch mehrere Stunden auf unser Regiment König von Preußen schoß, und man erst bei Tagesanbruch den Fiskus bemerkte; daß ein Theil des Regiments Gynai in einem Loch geföhrt wurde; das sind auch so kleine Versehen, wie

sie eben in der Hitze der Partei auch dem besten Spieler passieren können.“

Es ist beschlossen; wenn ich aus diesem Feldzug zurückkehre, so verlasse ich den Dienst. Alles andere hinausgeschickt — wenn man einmal eine Sache mit einem solchen Abscheu zu erfassen gelernt hat, wie der Krieg mir nunmehr einflößt, so wäre es unausgesehte Lüge, im Dienst dieser Sache zu verharran. Ehedem bin ich, wie Du weißt, auch schon mit Widerwillen und mit verdammendem Urtheil in die Schlacht gezogen, aber erst jetzt hat sich dieser Widerwille so gesteigert, diese Verurtheilung so verschärft, daß alle Gründe, welche mich früher bestimmten bei meinem Berufe auszuharren, aufgehört haben, zu wirken. Die Gesinnungen, welche aus dem Jugendunterricht, vielleicht auch theilweise angeerbt — in meinem Innern noch zu Gunsten des Soldatenthums sprachen, sind mir jetzt, während der zuleht erlebten Grauel ganz verloren gegangen. Ich weiß nicht, sind es die mit Dir gemeinschaftlich gemachten Verkärren, aus welchen hervorging, daß meine Kriegsverachtung nicht vereinzelt ist, sondern von den besten Geistern der Zeit getheilt wird; sind es die mit Dir geföhrt Gespräche, in welchen ich mich durch Aussprache meiner Ansichten und durch Deine Zustimmung in denselben gestärkt habe; — kurz, mein früheres dumpfes, halbunterdrücktes Gefühl hat sich in eine klare Ueberzeugung verwandelt — eine Ueberzeugung, die es mir fortan unmöglich macht, dem Kriegsgott zu fröhnen. Das ist so eine Wandlung, wie sie bei vielen Leuten in Glaubenssachen eintritt. Zuerst sind sie etwas zweifelnd und gleichgültig, sie können aber noch mit einer gewissen Ehrfurcht den Tempelhandlungen betheiligen. Wenn aber einmal aller Mystizismus abgestreift ist, wenn sie zu der Einsicht gelangen, daß die

Jeremie, der sie da bewohnen, auf Thorheit — auch mitunter grausame Thorheit, wie bei den religiösen Opfer-schlachtungen — beruht, dann wollen sie nicht mehr neben den anderen Bethörten knien, nicht mehr sich und die Welt betrogen, indem sie den nummehr entgötterten Tempel betreten. So ist es mir mit dem graufamen Marsdienst ergangen. Das geheimnißvolle, überirdische, Andachtschauer-erweckende, welches das Erscheinen dieser Gottheit auf die Menschen hervorzubringen pflegt, welches auch in früherer Zeit noch meinen Sinn umdunkelte, das ist mir jetzt vollständig abhanden gekommen. Die Armeedefehl-siturgie und die rituellen Heldenphrasen erscheinen mir nicht mehr als inspirirter Urtext; der gewaltige Orgelton der Kanonen, der Weihrauchdampf des Pulvers vermag nicht mehr mich zu verführen; ganz glaubens- und ehr-furchtsvoll wohne ich der fürchterlichen Kultushandlung bei und kann dabei nichts anderes mehr sehen, als die Qualen des Opfers, nichts hören, als dessen jammervollen Todes-schrei. Und daher kommt es, daß diese Blätter, die ich mit meinen Kriegseindrücken fülle, nichts anderes enthalten, als schmerzlich geschauten Schmerz.“

Die Schlacht von Königgrätz war geschlagen. Wieder eine Niederlage! Diesmal, wie es scheint, eine entscheidende. Mein Vater berichtete uns diese Nachricht in einem Tone, als hätte er den Weltuntergang verkündet. Und kein Brief, keine Depesche von Friedrich! War er verwundet — todt? — Konrad gab seiner Braut Nachricht; er war unverfehrt. Die Verlustlisten waren noch nicht gekommen; es hieß nur, bei Königgrätz gab es vierzig-tausend Tode und Verwundete. Und die letzte Nachricht, die ich erhalten hatte, lautete: „Wir begeben uns heute nach Königgrätz.“

Endlich wird in den inkriminirten Artikeln mehrfach behauptet, daß Baare in dem Bochumer Steuerprozeß einen Meineid geleistet habe, daß er die Steuerlast von sich auf seine Arbeiter wälze, daß er ein Lohndrücker sei und daß er seine zum Theil katholischen Arbeiter zwingt, bei den öffentlichen Wahlen für nationalliberale Kandidaten zu stimmen. Diese herrliche Liste bürgerlicher Tugenden hatte Fußangel den Baare, dieser Säule der Bourgeoisie in Rheinland-Westfalen, noch und nach vorgehalten. Und neben dieser Fülle von Thatfachen und Beschuldigungen steht jetzt die laune Erklärung Fußangel's: „Nachdem nun die Eisenbahn-Verwaltungen den Erzeugnissen des Bochumer Vereins ein so gutes Zeugniß ausgestellt haben und Herr Geheimere Kommerzienrath Baare versichert hat, jeden Unregelmäßigkeiten fern zu sehen, erkläre ich, daß ich dieser Versicherung des Herrn Geheimraths Baare Glauben schenke und meine gegentheiligen Behauptungen zurückziehe.“ Die Steuer-mogeleien werden dabei gar nicht erwähnt! Aber Baare hat nach dem Strohhalm gegriffen; er weiß, warum. Er zahlt die gesammten Prozeßkosten und zieht seine Verteidigungsklagen zurück. Vorsichtigerweise hatte der Gerichtsvorstand die 220 Zeugen gar nicht geladen, wohl um dem armen Generaldirektor wenigstens diese Kosten zu sparen. Der „famoso Vergleich“ hatte so sehr in der Luft gelegen, daß sich der Baare'sche Anwalt nach der berühmten Friedenssprache des Gerichtsvorstandes zuerst zum Wort meldete, obgleich nach Lage des Prozeßes Fußangel die erste Erklärung hätte abgeben müssen, wie der Vorsitzende betont hatte. Der Anwalt Fußangel's veranlaßte sich für diese Zuorkommenheit seines Gegners dadurch, daß er unbedulter Weise auf die „Anregung des Vorsitzenden“ anspielte, die ihn und seinen Klienten zu Vergleichsverhandlungen veranlasse! Als ob nicht schon genug Komödie bei dieser Farce gewesen wäre...

Wäre der Bourgeois Fußangel so tapfer geblieben, wie er feig geworden ist, so hätten wir zunächst nur die eine Partei, die kapitalistische Unternehmerrique in Rheinland-Westfalen, kompromittirt bis auf die Knochen gesehen. So hat sich auch noch die andere bürgerliche Koterie jener gegangenen Gegenden vor dem Profit profitirt, der Ultramontanismus mit Fußangel. Das stimmt zu dem sonstigen reaktionären Verhalten des Zentrums unter der neuen Vera. Unsere Genossen in Rheinland-Westfalen werden über diesen Doppelsang dankend quittiren!

Eine Berichtigung und eine Antwort.

Aus Hamburg geht uns eine Berichtigung folgenden Inhalts zu:

Die in der Nr. 227 der Truchschrift „Vorwärts“ enthaltene Mittheilung, daß es nirgends unreiner gewesen sei, als auf dem Hamburger Schnelldampfer „Augusta Viktoria“, auf welchem bei einer Anheftung von 118 Zwischendecks-Passagieren auf 137 Quadratmetern Luftraum Waschgelegenheiten nicht vorhanden und die Klosets in ständiger Unordnung gewesen sein sollen, ist in jeder Beziehung unrichtig. Der den Zwischendecks-Passagieren der „Augusta Viktoria“ zugewiesene Luftraum beträgt vielmehr 337 Kubikmeter, sodas bei 118 Auswanderern für einen jeden derselben der gefällig vorgeschriebene Raum von 2,85 Kubikmeter vorhanden war. Ebenso unrichtig sind die Angaben über die mangelhafte Reinlichkeit auf dem Hamburger Schnelldampfer. Klosets und Waschküchen sind vielmehr in ausreichender Menge vorhanden und vor einer etwaigen Verunreinigung dadurch geschützt, daß sie während der Fahrt mit fließendem Wasser versehen sind. Die Räume im Zwischendeck werden überhaupt stets vor der Einschiffung der Passagiere auch auf ihre Reinlichkeit hin von dem Reichskommissar und den Besichtigern gründlich untersucht. Der Senator, Präses der Behörde für das Auswandererwesen.
H a c h m a n n.

Der irrthümlichen Angabe des den Zwischendecks-Passagieren zugewiesenen Luftraums liegt vermuthlich ein doppelter Druckfehler zu Grunde, was sich jetzt leider nicht mehr feststellen läßt. Im übrigen sind 337 Kubikmeter Luftraum für 118 Zwischendecks-Passagiere, pro Person also 2,85 Kubik-

Am dritten Tage noch immer kein Zeichen. Ich weine und weine stundenlang. Eben weil mein Kummer noch nicht ganz hoffnungslos ist, kann ich weinen; wenn ich wüßte, daß alles vorbei ist, so gäbe es für die Wucht meines Schmerzes keine Thränen mehr. Auch mein Vater ist tiefgedrückt. Und Otto, mein Bruder, tobt vor Rachsucht. Es heißt, daß jetzt in Wien Freiwilligen-Korps errichtet werden sollen — diesen will er sich anschließen. Ferner heißt es, Benedek solle seiner Stelle entsetzt und statt seiner der siegreiche Erzherzog Albrecht nach dem Norden berufen werden, dann gäbe es vielleicht doch noch ein Aufstehen, ein Zurückschlagen des übermüthigen Feindes, der jetzt uns ganz verdrängt wolle, der im Vormarsch auf Wien begriffen sei... Angst, Wuth, Schmerz erfüllt alle Gemüther; der Name „die Preußen“ drückt alles aus, was es Hoffenswerthes giebt. Mein einziger Gedanke ist Friedrich — und keine, keine Nachricht!

Nach einigen Tagen langte ein Brief Doktor Bressers an. Er war in der Umgebung des Schlachtfeldes thätig, um zu helfen, was er helfen konnte. Die Noth sei grenzenlos, schrieb er, jeder Einbildungskraft spottend. Er hatte sich einem sächsischen Arzte, Doktor Brauer, angeschlossen, der von seiner Regierung ausgesandt worden war, um nach dem Augenschein über die Lage zu berichten. In zwei Tagen sollte auch eine sächsische Dame ankommen — Frau Simon, eine neue Miss Nightingale — welche seit Ausbruch des Krieges in Dresdener-Hospitälern thätig gewesen, und welche sich erboten hatte, die Reise nach den böhmischen Schlachtfeldern anzutreten, um in den umliegenden Hospitälern ihre Hilfe zu leisten. Doktor Brauer und mit ihm Doktor Bresser wollten sich an dem bestimmten Datum, sieben Uhr Abends, nach Rüttinghof, der letzten Station vor Königgrätz, bis wohin die Eisenbahn noch verkehrte, begeben und die müthige Frau daselbst erwarten. Bresser bot uns, womöglich eine Sendung von Verbandzeug und dergleichen nach jener Station zu schicken, damit er sie dort in Empfang nehmen könne.

Kaum hatte ich diesen Brief gelesen, war mein Entschluß gefaßt: — die Kiste mit Verbandzeug würde ich selber bringen. In einem jener Spitäler, welche Frau Simon besuden

meter Luftraum, gerade wenig genug, um erweisen zu können, unter welcher jämmerlichen Verhältnissen die Auswanderer die Ueberfahrt nach Amerika haben unternehmen müssen. Es ist weiter selbstverständlich, daß die Schiffe vor ihrer Abfahrt in Hamburg gehörig auf Reinlichkeit untersucht werden, das Gegentheil dessen war auch nicht behauptet, aber eine andere Frage ist es, in welchem Zustande die Schiffe während der Fahrt gehalten werden, wo kein Reichskommissar und keine Hamburger Behörde anwesend ist. Was sollte denn ein Passagier für ein Interesse daran haben, von Amerika aus über die Zustände eines Schiffes sich in Deutschland zu beschweren? Die Berichtigung des Herrn Bachmann kann sich also auf die Fahrtperiode selbst gar nicht erstrecken und ist deshalb hierin gegenstandslos. Maßgebend kann über die letztere Angelegenheit nur das Urtheil der Passagiere, welche die Fahrt im Zwischendeck unternahmen, und der amerikanischen Behörde sein, die das Schiff bei seiner Ankunft zu untersuchen hat. Amerikanische Behörden nun haben über den Befund der Hamburger Auswandererschiffe Urtheile veröffentlicht, die nicht der Berichtigung des Herrn Bachmann, wohl aber der von demselben berichteten Mittheilung des „Vorwärts“ als Beweis zu dienen vermögen. Herr Bachmann, der sich so sehr beeilt, das angegriffene Rhederkapital zu schützen, hat thatsächlich uns nicht widerlegt. Wir halten unsere Mittheilungen ausreicht und da sich die Gelegenheit gerade so fügt, so wollen wir ihm mit weiteren Material dienen, das uns Lauge vor dem Ausbruch der Cholera zugegangen ist und der Hamburger Auswandererbehörde jetzt sicherlich Anlaß geben wird, die Dampfergesellschaften schärfstens im Auge zu behalten. Das Material besteht in folgender Zuschrift:

Warnung!
Eine Reise als Zwischendecks-Passagier auf dem Schnelldampfer „Columbia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Seitens der Agenten der Gesellschaft wurden den Passagieren Geschäftsarten der Herren Schmolle, Zippin und Rosforten übergeben, welche bei Ankunft in Hamburg sichtbar zu tragen sind, damit niemand den Herren durch die Hände geht. In welcher Weise sich diese Herren nun aufs Geldmachen verstehen, mag folgendes beweisen: Eine Familie von 6 Personen kommt, von der Eisenbahnfahrt erschöpft, an und kann, nachdem sie angerufen war, wie das liebe Vieh, für sage und schreibe 6 Personen 10 Mark, — in Worten: Zehn Mark, auf der harten Holzbank logiren.

Ein zweiter Fall: Ein Auswanderer wendet sich behufs Ankauf über die Aufgabe seines Gepäcks an den Agenten Herrn Plattan dortselbst. Es wird ihm mitgetheilt, daß ihm gar keine Kosten und weitere Mühe verursacht würden, wenn er das Gepäck an seine Adresse ausliebt. Die Schlussbetrachtungen über diesen freundschaftlichen Rath konnte er erst bei seiner Abreise machen, denn es wurde ihm von einem gewissen Herrn Braun, Stellvertreter des Herrn Plattan, eine Rechnung überreicht, worauf folgende Kosten standen:

Expediren des Koffers auf den Logerraum	3,00 M.
Abholen von der Bahn	0,75 „
Beförderung aufs Schiff	0,75 „
	2,00 „
	6,50 M.

Auf Befragen, was der letzte Posten von 2,00 M. bedeute, erklärte er, das wäre „das Trinkgeld, was an ihn zu zahlen sei“. Freitag fährt das Schiff ab, Donnerstag müssen die Zwischendecks-Passagiere an Bord gehen und werden mittels Extradampfers nach der „Columbia“ befördert, um möglichst lange in den angenehmen (?) Zwischendecks-Räumen verweilen zu können. Daß bei den Zwischendecks-Passagieren Zeit auch Geld ist und dieselben infolge dessen Schnelldampfer benutzen, scheint die Gesellschaft nicht zu wissen; diejenigen, welche aber den größten Vortrang zur Reise beschleunigen, müssen bis Freitag Mittag auf die Kajüte-Passagiere warten.

Doch es kommt noch besser. Die Prospekte der Gesellschaft, von den Agenten noch nachträglich durch Versprechungen golden gefärbt, lesen sich sehr schön; es heißt z. B. in den Prospekten wörtlich: „Das 8 Fuß hohe Zwischendeck ist durch Seitenfenster erhellbar und wird durch Ventilatoren neuester Konstruktion ausgezeichnet ventilirt.“ Thatsächlich ist es folgendermaßen: Die Beleuchtung am Tage durch Seitenfenster entspricht der in unterirdischen, matt erleuchteten Gefängnissen; mit der Ventilation ist es so bestellt, daß wer diese Räume das erste Mal betritt, in eine „Düngergrube“ gefallen zu sein glaubt. Erhöht wird dieser Genuß noch durch das öftere Vorfinden der im sogenannten Speiseraum befindlichen Rührraumklappen, aus welchen einem ein pestilenzhafter Geruch entgegen kommt. Dazu ein Bretterverschlag

wollte, lag möglicherweise Friedrich... Ich würde mich ihr anschließen und den theuern Kranken finden, pflegen retten... Die Idee erfaßte mich mit zwingender Gewalt, so zwingend, daß ich sie für eine magnetische Fernwirkung des sehndenden Wunsches ansahste, mit dem der Geliebte nach mir rief.

Ohne Jemandem aus meiner Familie meinen Vorsatz mitzutheilen — denn ich wäre nur auf allseitigen Widerspruch gestoßen — machte ich mich ein paar Stunden nach Erhalt des Bresserschen Briefes auf den Weg. Ich hatte vorgegeben, daß ich die von dem Doktor verlangten Dinge in Wien selber besorgen und expediren wolle, und so konnte ich ohne Schwierigkeit von Granitz fortkommen. Von Wien aus würde ich dann meinem Vater schreiben: „Bin nach dem Kriegsschauplatz abgereist.“ Wohl fliegen mir Zweifel auf: meine Unfähigkeit und Unerschaffenheit, mein Abscheu vor Wunden, Blut und Tod; aber diese Zweifel verjagte ich; was ich that, ich mußte es thun. Des Gatten Bild, stehend und gebietend, war auf mich gerichtet; von seinem Schmerzenslager streckte er die Arme nach mir aus und: „Ich komme, ich komme,“ war das einzige, was ich zu denken vermochte.

Ich fand die Stadt Wien in unsäglich Aufregung und Bestürzung. Verflörte Gesichter ringsumher. Mein Wagen krenzte sich mit mehreren Wagen, welche mit Vermundeten gefüllt waren. Immer spätere ich, ob nicht etwa Friedrich darunter sei... Aber nein: sein Sehnsuchtsruf, der an meinen Fibern zerte, drang von weiter her — von Böhmen. Hätte man ihn zurücktransportirt, so wäre die Nachricht davon gleichzeitig zu uns gelangt.

Ich ließ mich in einen Kutschhof führen. Von dort aus besorgte ich meine Einkäufe, expedierte den für Granitz bestimmten Brief, warf mich in einen möglichst einfachen, strapazensfähigen Reise-Kutsch und fuhr nach dem Nordbahnhof. Ich wollte den nächststehenden Zug benutzen, um rechtzeitig an meine Bestimmung zu gelangen. Es war wie eine fixe Idee, unter deren Herrschaft ich meine Handlungen ausübte.

(Fortsetzung folgt.)

von circa 38 Quadratmetern, in welchem 15 Menschen überlebenslang schlafen und sich eventuell bei schlechtem Wetter aufhalten können. Hieran kann sich Jeder ein ungefähres Bild machen, wie angenehm der Aufenthalt im Zwischendeck für 130 M. an einem der neuesten und besten Dampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft ist.

Im weiteren eine kurze Beschreibung der Schiffsköste für Zwischendecks-Passagiere.

Morgens giebt es ein undefinirbares Getränk (das Original hat ein schärferes Wort hierfür), welches unter dem Namen Kaffee verabreicht wird. Als zweites Frühstück verabreicht die Gesellschaft „Wasser“. Als Mittagkost muß ein unappetitliches Essen (das Original hat ein schärferes Wort hierfür) seitens der Passagiere aus der Küche geholt werden.

Als Nachessen wird Schwarzbrot und alle drei Tage Margarine für ca. 20 Personen verabfolgt und unter dem Schiffsdecken aufbewahrt, ist also am andern Tage vollständig ungenießbar.

Was ferner die Schiffskompanie in ihren Prospekten unter Matrahe und Reklissen versteht, ist für die Zwischendecks-Passagiere schwer verständlich; thatsächlich besteht beides in einem kleineren und größeren Saal mit verdrängendem Inhalt. Dem Küchschreiber scheinen sie für Pennbrüber bestimmt zu sein. Ferner heißt es, Trink- und Nachtgeschirr wird den Passagieren unentgeltlich zur Verfügung gestellt; wie und in welcher Zahl selbiges vorhanden ist, darüber schweigt des Sängers Dörschlag für 12—16 Mann sind 3 Töpfe vorhanden, worin abwechselnd das Mittagessen, wenn man es so nennen will, ferner Kaffee, Thee, Wasser, Margarine, Kartoffeln und Serringe gereicht werden, daß es nicht von Reinlichkeit glänzt, ist selbstverständlich, denn von der vielgepriesenen Bedienung ist in diesem Punkte nichts zu sehen. Oft genug ist gar kein Wasser zu haben. Von körperlicher Reinigung kann man gar nicht sprechen, denn dafür sind den Zwischendecks-Passagieren nur Seewasser zur Verfügung. Das selbige keine Seife annimmt, ist es zum Waschen unbrauchbar. Da aber auch solches Wasser oftmals nicht zu haben ist, so hat man das Vergnügen, einige Tage ungewaschen umherzulauern.

Vorsiehendes mag zukünftigen Zwischendecks-Passagieren als ein Bild der sonst so verberückelten Fahrt dienen. Wir, die unterzeichneten Passagiere des am 18. Mai d. J. von Hamburg abgegangenen Dampfers „Columbia“, erklären vorstehendes als in allen Punkten zutreffend und verpflichten uns, für diese Thatfachen jeden Augenblick zeugen zu wollen.

Name	Stand	Wohnort
Oscar Floerer, per Mr. A. Jendrick	Handlungskommissar	New-York 2637. Steeler
A. Bern	Musterzeichner	West-Hoboken, Summit No. and Dorland Pl. S. Chicago, Joseph Berlin, Palladenstraße 63.
Otto Nowak	Schlosser	Arlington, County Columbia, Wis.
H. Haupt	Dreher	Iowa Columbia St. Point.
G. Kommerien	Zigarrenarbeiter	New-York
Paul Straube	Kumpner	Burgstadt
Chr. Böhme	Gärtner	Burlesdorf
Mädel	Schuhmacher	Bürger der Vereinigten Staaten
Johann J. Schröder	Sattler	Steinburg (Bayern)
	Zimmermann	44. Rusht Brooklyn
Josel Tiedermayer	Schreiner	München
Schnapp	Maurer	New-York
Weichselgärtner		New-York
L. Jacob	Kaufmann	New-York 308 E. 61
H. Leuchner	Landwirth	New-York 1111 St. 11
Johann Girtler	Hutmacher	Postoria 792 E. Main Ohio
Herrn Schlotterbeck	Koch	Steinschönau, zur Post
H. Werner	Malter	Postoria-Ohio
J. Gsell	Malter	Stantkau, z. J. in New-York
M. Kuster.	Kaufmann	Yimbach (Sachsen), Zeit Brooklyn, G. ham Street 137
Max Reichel		Artoner Str. Nr. 3 City New-York
Moriz Schweiber	Commissar	
Leopold Landberg	Denker	

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Oktober.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am 6. Oktober unter dem Vorhise des Staatssekretärs des Innern v. Bötticher die Anträge Preußens, betreffend einige Änderungen und Ergänzungen der Militär-Pensionsgesetze vom 27. Juni 1871 und 4. April 1874, ferner den Entwurf eines Gesetzes über die Begründung der Revision bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und den Entwurf von Bestimmungen über die Statistik der Krankenversicherung den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

Die Volksschullehrer und der preussische Staat. Jemand ein Offiziosus hatte die Nachricht haufirt, werde die Finsen des nach § 83 des preussischen Einkommensteuer-Gesetzes anzusammelnden Fonds zur Verbesserung der materiellen Lage der Volksschullehrer verwendet. Nun für's erste fest, daß diese Absicht, bestünde sie wirklich, nur durchzuführen ließe, wenn die gesetzliche Bestimmung, diese Mittel für Zwecke der Steuerreform zu verwenden, vom Landtage beseitigt würde. Aber die Sendung des Herrn Miquel wiegeln bereits ab. Einer von ihnen erklärt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

... Es liegt die Frage nahe, ob in der That Verwendung des Fonds zur Verbesserung der materiellen Lage der Volksschullehrer nach der Finanzlage als am dringlichsten zu sehen ist. Das Etatsjahr 1891/92 schließt mit einem Rechnungsdefizit von einigen 40 Millionen Mark, das um einige Millionen größer wäre, wenn nicht die Einnahme des Hinterlegungsfonds die Ausgaben um soviel hätten hüten. Nach den Ergebnissen des ersten Jahres zu schließen, wird sich das laufende Finanzjahr ebenfalls günstiger gestalten. Im Gegentheil. Für 1893/94 dürfte selbst der Etat nur mit Hilfe einer Anleihe balanciren. Staatsschuld Preußens wächst daher erheblich. Die Vergrößerung der zur Deckung der Fehlbeträge erforderlichen Anleihen lastet den Etat mit dauernden Ausgaben in ansehnlicher Weise. Dies würde in der Hauptsache zu vermeiden sein, wenn aus den Mehreträgen des Einkommensteuer-Gesetzes gesammelten Summen zur Deckung des Defizits verwendet würden. Sicher sind die geplanten Mehraufwände für Volksschullehrer sehr nützlich und verdienen bei reichenden Mitteln in erster Linie in Betracht gezogen werden. So wie die Dinge liegen, würden sie in Wirklichkeit

aber nur im Wege der Anleihe zu machen sein. ... So dringlich aber können doch die Auswendungen für Volksschulzwecke kaum erachtet werden, daß sie selbst dann stattfinden müßten, wenn ihre Deckung nur durch Verrechnung der Zinsen der Staatsschuld zu ermöglichen ist."

Daß der Fehlbetrag im preussischen Staatshaushalt gar nicht so groß ist, wie die Rechenkünstler des Finanzministeriums behaupten, da ja die Einkommensteuer-Erträge über Erwarten hohe Ueberschüsse liefern, ist bekannt. Erstreckt aber ist die Offenheit, mit der die Volksschullehrer auf den Schmachtrien als Reformmittel, auf die Hungerkost als Hilfe für alle Noth hingewiesen werden. Geld ist da, aber wir brauchen es für andere Zwecke. Eine Anleihe wegen der Schulmeister aufnehmen? Lächerlich. Wenn die Schulmeister Reichsum mittelbare wären, Großgrundbesitzer, Kleinrentner, sofort würde der Pump aufgenommen. Für die Standesherrn wird ja tatsächlich eine Anleihe gemacht, um sie für den Entgang ihrer ungeheuren Steuerfreiheiten zu "entschädigen". Ja, Schulmeister, das ist ganz was anderes.

Der preussische Justizminister Herr von Schelling hat den Strafantrag gegen den Antisemiten Paasch, der ihn in seinen Druckschriften angegriffen hatte, zurückgezogen. —

Die Furcht vor der Sozialdemokratie veranlaßt den wohlgeleiteten Verband der deutschen Handlungsgehilfen zu einer Vorstellung an die Handelskammern, auf die Geschäftsinhaber einzuwirken, damit sie die Agitation gegen die Sonntagsarbeit so hien lassen. Allerdings ist das Verhalten der Prinzipale sowie der ganzen Bourgeoisie in Beziehung auf die Sonntagsruhe ein derartiges, daß auch dem blödesten Handlungsgehilfen die Augen aufgehen. Nur dürfte die Bitte an die Handelskammern wenig verfangen, und, was die Prinzipale betrifft, so haben diese sich bisher so wenig um die Prinzipien der Sozialdemokratie bekümmert, daß sie schon jeden Gehilfen, der den freien Sonntag beansprucht, für einen Sozialdemokraten ansehen. Der Prinzipal will frei schalten und walten können über sein Personal, und wer ihn hierin beschränken will, wird von ihm, und wenn es das unschuldigste Lamm wäre, zu den bösen Wüden der Sozialdemokratie gestochen. Was von den Handelskammern zu erwarten, hat erst in dieser Woche die oberbayerische Handels- und Gewerbekammer gezeigt, die eine Ausdehnung der Geschäftszeit an den Sonntagen verlangt, welche die Sonntagsruhe vollständig illusorisch macht. Der Leipziger Verband der deutschen Handlungsgehilfen mündet sich vergebens in dieser Angelegenheit an die Bourgeoisie; wenn die Sonntagsruhe erhalten bleibt und eine weitere Ausdehnung gewinnt, so werden die Handlungsgehilfen es einzig und allein der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu danken haben. —

Gegen die schwere Anklage des nordamerikanischen Vizekonsuls Wurle, daß noch am 24. und 26. August d. J., also zu einer Zeit, wo die asiatische Cholera bereits amtlich in Hamburg festgestellt war, keine Gesundheitspässe für Auswandererschiffe ausgestellt worden seien, erläßt jetzt der Hamburger Senat eine "Berichtigung", die nichts als eine Beschönigung ist. Es heißt darin, daß das Meist für die "Moravia" am 16. August ausgestellt worden ist, als noch nicht der geringste Verdacht des Cholera-Ausbruchs vorlag. Die Sachverständigen stellten am 22. August die einschneidenden Merkmale fest. Am 23. und 24. August erschien es zunächst zweifelhaft, ob die konstatierte Krankheit epidemisch sei. Am 24. August wurden in der Sitzung des Senats die Berichte des Medizinal-Inspektors zur Kenntnis genommen, eine Anfrage des Reichskanzlers wegen der hier aufgetretenen verdächtigen Krankheit beantwortet und die tägliche Bekanntgabe der Krankheits- und Todesfälle angeordnet. Geheimrath Koch wurde zugleich um Abgabe eines Gutachtens über den epidemischen Charakter der Krankheit ersucht und die Senatskanzlei angewiesen, die Ausstellung seiner Schiffs-pässe sofort einzustellen. Die bereits ausgestellten Pässe wurden zurückgehalten. Der Paß der "Normania" datirte vom 24. August, war aber vor der Siftirung bereits angehängigt. Das sind schöne Worte. —

Herrn von Stephan widmet auch die "Kölnische Volks-Zeitung" anlässlich unserer jüngsten Veröffentlichung eine milde Betrachtung. Das rheinische Zentrumsblatt bemerkt u. a.: Die Sozialpolitik des Herrn von Stephan erregt schon längst bei allen Unbefangenen lebhaftes Kopfschütteln. Seine großen Ueberschüsse sind zum Theil erzielt auf Kosten der Unterbeamten, der Briefträger, Post-Assistenten, Post-Hilfsboten, Land-Briefträger u. s. w. Traurige Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse schaffen in der unteren Beamtenschaft ganze Kolonnen von Kandidaten für die Sozialdemokratie. Bekannt sind die Maßregelungen, unter denen der Post-Assistenten-Verband zu leiden hat. Im Reichstage sind dieselben wiederholt zur Sprache gebracht und allseitig verurtheilt worden, während dem Bundesrathstische kein ernsthafter Vorwurf gegen den Verband erhoben werden konnte und die Versuche der Verteidigung des gegen ihn beliebten Vorgehens überaus schwach waren. Die Wenigsten von Wohlwollen der Verwaltung gegenüber den Beamten, von dem vertrauensvollen "Vorbringen" der Wünsche u. s. w., werden treffend beleuchtet durch die Fälle erschreckender Härte und Mitleidslosigkeit bürokratischer Vorgesetzter, wie wir sie von Zeit zu Zeit in den Blättern lesen. Neulich hat die Postverwaltung den Einsatz gehabt, die Beamten vor den Wucherern zu warnen und ihnen deren Anisse zu schildern. Daß ein großer Theil des Beamtenspersonals in Wucherhänden ist, war längst kein Geheimnis. Um sie daraus zu befreien, bedarf es aber keines billigen "guten Rathes", sondern besserer Bezahlung. ... Nachdem dann der Griesbach'sche Sammelstellen-Erlass gebührend erläutert worden ist, bemerkt die "Köln. Volks-Zig.": "Daß die Sozialdemokraten sich solche Dinge nicht entgehen lassen, nehmen wir ihnen durchaus nicht übel, denn sie verdienen die schärfste Kritik." —

Konserervative Denunzianten. Die schönen Geschichtsträger der "Schlesischen Zeitung", die das "Sozialpolitische Zentralblatt" und seine akademischen Mitarbeiter pultförmlich denunziert haben, finden begeisterte Zustimmung in der "Magdeburgerischen Zeitung". Die Literatenbande, welche für die bürgerliche Presse öffentliche Meinung fabrikmäßig herstellt, ist so heruntergekommen, daß die wissenschaftliche Sachlich-

keit und die Loyalität der anständigen Forscher, welche bürgerliche Ökonomen sind, aber Respekt vor den Thatfachen haben, ihr eitel Gift und Galle ist. —

Marseille und die "Frankfurter Zeitung". Die "Frankfurter Zeitung" drückt sich mit nichtsagenen Nebenarten um die Thatsache herum, daß sie die französische Arbeiterpartei schändlich verleumdete hat, indem sie ihr chauvinistische Beweggründe unterstellte. Daran ist nicht zu brechen und zu denken. Uebrigens hat die deutschfreisinnige "Nation" sich über diese Angelegenheit mit wünschenswerther Klarheit und Objektivität ausgesprochen. Daß die "Frankfurter Zeitung" die unwahre Behauptung aufgestellt hat, die an den Unruhen im nordfranzösischen Kohlenbezirk beteiligten Arbeiter seien zum großen Theil Sozialisten, steht gleichfalls fest. Wenn das Frankfurter Blatt die kapitalistischen Entlohnungsmärchen eines belgischen Unternehmerrathes übernimmt, so verkehrt sich dies. Aber nicht minder klar ist es, daß die belgischen Arbeiterzustände so sieht, wie der belgische Kapitalismus es will, nicht wie sie wirklich sind. Zum Schluss behauptet die "Frankfurter Zeitung", deren Gedächtnis durch Altersschwäche zu leiden scheint, es sei nicht richtig, daß die Stuttgarter und Frankfurter Bauleiter der Volkspartei 1868 ihren Anschluss an die Statuten der Internationale erklärt haben. Aber Herr Sonnemann, Herr Sonnemann! Einige niedliche Daten seien vorläufig — wir können mit mehr aufwarten — hier aufgezählt! Auf dem Nürnberger Arbeitertage, der im Jahre 1868 unter Bebel's Vorsth stattfand, waren auch die Volksparteiler Leopold Sonnemann aus Frankfurt a. M., Röber aus München, Dr. Dr. Landmann, Morgenstern, Käderlin, Degeu als Fürth als Vertreter der Internationalen Arbeiter-Assoziation anwesend. Sie stimmten sämmtlich für den internationalen Charakter der Arbeiterpartei.

Die "Frankfurter Zeitung" sagt in ihrem Abendblatt vom 4. d. Mts.: "Was den Marceller Kongress anbelangt, so möchten wir allerdings kein besonderes Gewicht legen auf die dort vorgekommenen heftigen Szenen, selbst wenn es Prügeleien gewesen wären, da dergleichen Dinge in den sozialistischen Versammlungen gerade nichts Außerordentliches sind. Erster ist aber der Umstand, daß Herr Liebknecht seine so stark international gehaltenen Aeußerungen in Bezug auf die elsass-lothringische Frage gethan hat, und zwar durchaus nicht aus eigenem Antriebe. Die französischen Sozialisten haben, nach übereinstimmenden Berichten, die elsass-lothringische Frage auf's Tapet gebracht, zu dem Zwecke, dem deutschen Sozialistenführer so zu sagen das Gewissen darüber zu erforschen. Wären die französischen Sozialisten so gute Internationalisten wie Herr Liebknecht, so würde eine elsass-lothringische Frage für sie einfach nicht existiren. Daß sie dieselbe anschnitten, zeigt eben zur Genüge, woran diese "Internationalisten" krank sind. Daß gewisse Leute das nicht zugeben oder nicht sehen wollen, das ändert nichts an der Sache." Die "Frankf. Zeitung" ist vollkommen falsch unterrichtet. Ein Mitglied des Kongresses brachte allerdings, nach Eintreffen der chauvinistischen Tartaren-Nachricht von der Ausweisung Liebknecht's aus Frankreich die elsass-lothringische Frage "auf's Tapet", indem er den Wunsch aussprach, eine bezüglichliche Frage an Liebknecht richten zu dürfen, die Versammlung erklärte dies aber so energisch und so einstimmig für eine Taktlosigkeit, daß der Stenographe, der sich gar nichts Böses gedacht hatte, um Entschuldigung bat. Die sozialistischen Arbeiter Frankreichs sind, wie Liebknecht sich aufs gründlichste überzeugen konnte, durch und durch eben so gute "Internationalisten" und dem Chauvinismus ebenso feindlich gestimmt — freilich von ihm auch ebenso gehaßt —, wie die deutschen Sozialdemokraten. —

Ahlwardt, der Rektor aller Deutschen, soll für den Reichstags-Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde, dessen Mandat durch v. Wener's Tod erledigt ist, von dem Berliner Antisemiten als Kandidat aufgestellt werden. Hoffentlich nimmt sich der Wadere für seinen Wahl-Zelbzug Herrn Paulus Meyer als Schildknappen und als Feldprediger den Stöder mit. —

Ultramontan-liberales Kompromiß. In München haben mit bayerischer Gemüthlichkeit, während die Maßkrüge dampf zusammenstießen und lausprige Spanferkel auf den Schüsseln dampften, die kulturkämpferischen Zentrumsblätter, Nationalliberale und Deutschfreisinnige, ein Bündniß mit den Schwarzen geschlossen, um gegen die verhassten Sozialdemokraten gemeinsam bei den Landtagswahlen vorzugehen. Die Schanze und Daller, die Orterer und Eckart begraben die Streitart und — die Münchener Arbeiter werden ihnen zeigen, wo Barthel den Most holt. Wie die Furcht vor der Arbeiterbewegung die feindlichen Gruppen der bürgerlichen Parteien zu einem Kattentönig verwachsen läßt, erweist auch die neueste, nicht die erste Münchener Spanferkelei. —

Herr Virchow soll nicht umsonst die Lobespause für "Väterchen" geschlagen haben. Als wir Rudofsky's Jubellieder unter die kritische Lupe nahmen, sagten wir, daß die pumpbedürftige russische Regierung höchstens ihren Köber in Deutschland anderswerfen werde. Jetzt kommt die Nachricht, daß Russland, wo ja nach Virchow alles gar herrlich bestellt ist, nicht nur den in Paris einst untergebrachten Restbetrag der Pariser Anleihe, sondern auch eine neue große Anleihe begeben wolle, für deren Mitwirkung auf ein Zusammenwirken der französischen und der deutschen Finanzwelt gerechnet werde. Ob der deutsche Spießer, nun so wacker für das Reichreich Stimmung gemacht worden ist, dem Großfreund im Osten seinen entfangensvoll aufgeküßten Entbehrenslohn an den Kopf werfen wird? Wenn "große" deutsche Bankhäuser die Rege aufstellen, werden die Wimpel schon ins Garn fliegen. Der russische Finanzminister Witte wird sie rupfen, daß es eine Lust ist. Und der Krach wird kommen. —

Der Kaiser von Oesterreich wird von der deutschen Presse des Liberalismus ungeschmeichelt, weil er über die antisemitischen Krakle, die der bekannte Mechaniker Schneider christlich-sozialen Angedenkens im niederösterreichischen Landtage ausgeführt hat, sich lebhaft beschwert hat. Der Kaiser hat nach den Zeitungsberichten u. a. zu den Landtags-Abgeordneten gesagt: "Das war ein schöner Landtag! So kann es nicht fortgehen. Da war jede gedehliche Arbeit unmöglich; das ist eine Schande vor der ganzen Welt. ... Das ist eine Schande, ein Skandal." Gerade der Herrscher sollte sich hüten, an verfassungsmäßig festgelegten Rechten, und dazu

gehört die unbeschränkte parlamentarische Redefreiheit, Kritik zu üben. Jedenfalls hätte der mit seiner Verfassungstreue prunkende Liberalismus gegen jeden Versuch, eine Volksvertretung in dieser Weise zu beeinflussen, sofort Einspruch erheben müssen. Das geschieht aber nicht, weil den liberalen Jämmerlingen, die mit dem Geldjudenthum als der Blüthe der Geldsackgruppen verflochten und verschwohrt sind, dies Kaiserwort in den Kram paßt. Welches Klagegeschrei sie wohl erheben würden, wenn der Monarch im entgegengesetzten Sinne gesprochen hätte! —

Protot. Vor zwei Jahren erwähnten wir eines gemiffen Protot, ehemals Mitglied der Kommune von Paris, aber alzeit unsicherer Kantonist, der bei den letzten Wahlen in Frankreich — 1889 — plötzlich als Antisemit, Boulangist und Chauvinist auftauchte, und unseren in Marseille kandidirenden Genossen Guesde als Agenten der im Solde Bismarck's stehenden deutschen Sozialdemokratie denunzierte. Dieser nämliche Protot hat seine blödsinnige Denunziation neuerdings, und zwar insbesondere gegen Liebknecht, wiederholt, und die Tante Voh läßt sich das von einem Pariser Klatschkorrespondenten als funkelnelgene Neuigkeit und als Beweis des französischen Chauvinismus berichten. Ob Tanten Voh wohl den Herrn Ahlwardt als lebendigen Beweis dafür annehmen würde, daß Deutschland chauvinistisch geworden ist? Und Ahlwardt ist ein Hercules des Jahrhunderts, verglichen mit Protot, und obendrein ein Ehrenmann — verglichen mit Protot. —

Erklärung. Ich lese in der "Frankischen Tagespost": "Liebknecht wird 8 Tage lang zu berichtigen haben, wenn er all den Unsinn zurückweisen will, den ihn die interviewenden Reporter reden ließen." Es ist die Rede von allerhand Unsinn, der in französischen Blättern über meinen Aufenthalt in Marseille veröffentlicht worden ist. Nun — die "Tagespost" macht sich zum Glück unnötige Sorgen. Ich spare meine 8 Tage — ich war so vorsichtig, mich gar nicht interviewen zu lassen, — was natürlich nicht verhindern konnte, daß französische wie deutsche Zeitungsschreiber mit viel Unsinn in den Mund gelegt haben.

Wie viel, das weiß ich noch gar nicht, da ich erst gestern Abend zurückkam, und unterwegs nur selten Zeit hatte eine Zeitung zu lesen. Natürlich werde ich Näheres über meine Reise veröffentlichen, deren Zweck in, meine lästigen Erwartungen übersteigender Weise erfüllt worden ist. Für heute, nachdem der "Vorwärts" schon mit verächtlichen Ueberschriften aufgeräumt hat — auch die gegenwärtige Nummer räumt mit etlichem auf — nur folgendes, das mehr persönlicher Natur ist. Es werden mir unregelmäßige Aeußerungen über Vollmar in den Muno gelegt. Diergegen muß ich mich verwahren. Ich habe in Deutschland die Polemik mit Vollmar nicht abgebrochen, um sie in Frankreich wieder aufzunehmen. Auf Anfragen erklärte ich, einen Kollegen zu kritisieren wäre sehr ungeschön, im übrigen halte ich, da die Partei in der Frage des Staatssozialismus sich so deutlich und so einstimmig ausgesprochen, den ganzen Zwischenfall für erledigt. — Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß die grotesken Aeußerungen, welche ich über die sogenannten "Unabhängigen" gethan haben soll, windige Phantasien sind. Man fragte mich einmal nach den Herren Werner und Comp. und theilte mit mir, wie dieselben in französischen Blättern als himmelstürmende Titanen, als Robespierre, Marat, Danton und Comp. geschildert sind, die uns arme grondbistische Knirpse von "Alten" demnächst aufspeisen würden. Wenn homerisches Gelächter scheint irgend einem Reporter zu Ohren gekommen zu sein, der es in seine Sprache überseht hat — oder in die Sprache der "Unabhängigen".

Und ehe ich schließe, möchte ich — nun zum dritten- oder gar viertenmal die Bitte wiederholen, mir doch endlich zu glauben, daß ich keiner fremden Feder bedarf, wenn ich etwas zu sagen wünsche, und daß jedes mir zugeschriebene Interview unecht ist.

Berlin, den 6. Oktober 1892.
Wilhelm Liebknecht.

Parteinachrichten.

Bei den Magdeburger Gewerbegerichts-Wahlen wurde am 3. Oktober in der 1. und 2. Kammer der Arbeitnehmer folgendes Resultat erzielt. Es erhielten die Stimmen:

	1. Kammer (Baugewerbe)	2. Kammer (Anderes Gewerbe)
Sozialdemokraten	80	510
Hirsch-Dandertianer	15	103
Christlichsoziale		
Ungiltige Stimmen	6	33

Damit sind sämmtliche 92 sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Auch die 33 ungiltigen Stimmen fielen auf Kandidaten der sozialdemokratischen Bauarbeiter-Liste; nur der unbegreiflichen Nachlässigkeit einiger unserer Wähler ist es zu danken, daß in die Liste der nicht bürgerlichen Arbeiter Stimmgeld der Bauarbeiter-Kandidaten hineingeworfen wurden.

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Koffheim wurden zwei Sozialdemokraten gewählt. Hätte die Wahlzeit für die Arbeiter nicht ungünstig gelegen, so würde die ganze Liste unserer Partei gewählt haben. So kamen noch einmal zwei Gegner mit Krach und Krach durch.

Von der Agitation. In Offenbach sprach Liebknecht gleichfalls in überaus stark besuchter Versammlung. In der Nacht fand am 23. September eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Boggs aus Wronberg über die gegenwärtige soziale und politische Lage referirte. Der Vortrag fand vielen Beifall und gab einen Beweis dafür, daß unsere Bewegung auch hier im Fortschreiten begriffen ist. — Der württembergische Landesvorstand beabsichtigt, die Rede, welche Vollmar am 25. September in Gmünd über "Die Bestrebungen der Sozialdemokratie und die Bestrebungen des Zentrums" gehalten hat, als Flugblatt herauszugeben und besonders in den katholischen Bezirken zur Massenverbreitung zu bringen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In 50 Mark Geldstrafe und den üblichen Nebenkosten wurde wegen Verletzung des herzoglichen Schwurgerichts zu Dessau der verantwortliche Redakteur des "Volksblatts für Anhalt", Genosse Schoepf, verurtheilt. Die Verurteilung ist in dem "Großen Kuffen" beiläufig, in Nr. 76 des "Volksblatts" veröffentlichten Artikel gefunden worden, welcher die Gerichtsverhandlung in der Coswiger Körperverletzungssache (Tödtung des Schlosserlehrlings Senf) behandelte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 7. Oktober.
Opernhaus. Hamlet. Cavalleria rusticana (Bauern-Chöre). Slavische Brautwerbung.
Schauspielhaus. Der Widerspenstigen Zähmung.
Lesing-Theater. Die Orientreise.
Deutsches Theater. Der Pfaffenknecht. In Zivil.
Berliner Theater. Das Mädchen von Heilbronn.
Wallner-Theater. Der Mann im Monde.
Pellekianer-Theater. Geschlossen.
Kroll's Theater. Fido.
Residenz-Theater. Der seltsame Puppel.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Banditen.
Thomas-Theater. Onkel Bräutigam.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Die Liebe vor Gericht. Hierauf: Lohndiener.
National-Theater. Theodora.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Treptow.
 Coupletts von G. Görs. Musik von G. Stöckens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg.
 In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
 Novität! Novität!
Die Liebe vor Gericht.
 (Trial by Jury.)
 Operette in 1 Aufzuge von W. S. Gilbert und Arthur Sullivan.
 Hierauf:
Tannhäuser.
 Große Ausstattung u. Gesangs-Posse.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Wiederanst. des urkomischen
Bendix
 in seiner neuesten Saisonnummer.
 „Man merkt's am Gang — Da ist was mang.“
 Neu! Der feine Heisner. Neu!
 Berl. Lokal-Schwanz v. Oskar Wagner

Circus Corty-Althoff.
 Berlin, Friedrich-Straße 15.
 Freitag, den 7. Oktober,
 Abends 7 1/2 Uhr:
1. Komiker-Vorstellung.
 U. A.: Auftreten sämtlicher Clowns in ihren komischen Entrees u. Intermezzen. Außerdem Auftreten der renommiertesten Künstlerinnen und Künstler; Reiten und Vorführung bestdressirter Schul- und Freiheitssperde. — Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Alles Uebrige die Plakate.

Geen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Morlan-Trio, musikal. Excentriques, Curt Ellis, Verwandlung-Sänger u. Tänzer, Oceana de Pontelli, Produktionen a. hochgespanntem Telephonapparat, Miss Selina, die singende Luftsee, Leopard-Gruppe, Krattturner etc.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Passage-Panopticum.
 Fuß!!
9 Riesen-Kind!!!
 Ohne Extra-Entrée.
 von 11-1 und 4-9 Uhr.

Castan's Panoptikum.
 Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Borussia-Konzert- und Kouplet-Sänger.
 Gastspiel des Charles Randall, Zauberkünstler und Gedankenleser à la Cumberland. Wochentags frei. Sonntags Entree 30 Pf. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sodtke.
 Ein großes und 1 kleines Vereinszimmer und eine Kegelbahn sind zu vergeben Schützenstr. 18/19, Restaurant.
Dr. Hoersch, homöopath. Arzt. Finkenstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Dechant's Welthippodrom
 Sammelplatz febllicher Gesellschaft
 Schönhauser Allee der Wörtherstraße gegenüber.
 Höchst amüsante u. interessanter Aufenthalt.
24 hochelegante bestdressirte Pferde.
 Brillante Ausstattung.
 Täglich: Großes Damen-Reitfest u. Herren-Corso à la Wien bei Concert und Musik. Damen-Reitkleider gratis. Ununterbrochen von 6-11, Sonntags von 4-11 Uhr.
 Entree 20 Pf. Reittour 30 Pf.

Zur gefl. Beachtung für Vereins-Vorstände!
 Das in der Mittwoch-Ausgabe seitens der Lokal-Kommission zurückgezogene Lokal Große Frankfurterstraße 47 ist nicht identisch mit der **Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.**
 Dieselbe empfiehlt nach wie vor den geehrten Vereinen ihre Prachsfäle zu Versammlungen und Festlichkeiten.
J. Haase. [2876b]

Freie Vereinigung der Kaufleute.
 Sonnabend, den 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:
III. Stiftungs-Fest
 im Concerthaus Sanssouci, Kottbusserstraße Nr. 4a. 189/1
Großer Ball.
 Theater-Aufführung: Ein Stündchen im Comfoir.
 Vollständig umgearbeitet und mit neuen Einlagen versehen. Für musikalische u. declamatorische Vorträge sowie Ueberraschungen ist gesorgt. Billets à 50 Pf. (inklusive Tanz) sind zu haben in allen Zahlstellen der „Freien Volksbühne“ und bei Altons Vorchardt, Wallstr. 89.

Fachverein der Tischler.
Versammlung
 am Dienstag, den 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Sonnabend, den 15. Oktober 1892:
Bereins-Kränzchen
 im „Konzerthaus Sanssouci“ Kottbusserstr. 4a.
 Anfang Abends 8 1/2 Uhr.
 Billets sind auf allen Zahlstellen des Vereins sowie bei folgenden Herren zu haben: Conrad, Barwalderstr. 89, Quergeb. 2 Tr.; Schulz, Briherstraße 4, 4 Tr.; Mies, Adalbertstr. 9, 4 Tr.; Glocke, Lauscherstr. 52, 3 Tr.; Koblentz, Moabitstr. 86, Quergeb. 1 Tr.; Hoppe, Nixdorf, Berlinerstr. 84/85; Kows, Mariannenstr. 13, 4 Tr.; Klavitter, Oppelnerstr. 18; Gruschke, Pflückerstraße 58, Hof 2 Tr.; Siabert, Koppensstraße 27, 1 Tr.; Zwanzig, Jürlingerstraße 27; Thiel, Voedstraße 15; Haass, Schwedterstraße 1, 1 Tr.; Forner, Elisabethstr. 40, Quergeb. 3 Tr.; Wiedemann, Wallstr. 7/8, im Arbeitsschweiss. 85/6
Der Vorstand.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
 Die Firma besteht seit 1873.
Blousen,
 hervorragende Neuheiten für die Saison in Wolle, Seide u. Sammet.
Morgenröcke, Unterröcke und Schürzen.
 Großes Lager von Herren-, Damen- und Kinderwäsche. Eigenes Fabrikat. Saubere Arbeit. Billige Preise.
Die schönsten Kinderkleider
 für Mädchen jeden Alters, in größter Auswahl vorräthig, eventuell Manufakturfertig schnell!
Neuheiten
 in Tischdecken, Bettdecken, Schlafdecken und Reisedecken.
BERLIN, N. CHAUSSEESTR. 14.

Verband der Bauarbeiter.
 Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, d. 9. Oktober, Vorm. 11 Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Delegirtenwahl zum Verbandstag.
 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1892.
 3. Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand. 404/1

Verein d. Gummiarbeiter
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 9. Oktober, Vorm. 9 1/2 Uhr:
Mitgl.-Versammlung
 in Nixdorf, Berlinerstr. 186 bei Kummer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Thal über Geschichtsforschung. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten. 2362b
 Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**
 Empfehle mein Cigarren-Geschäft.
Fritz Gerlach, 2263b
 Berlin W., Potsdamerstr. 66.

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins.
 Sonntag, den 9. Oktober, Vorm. 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Scheffer, Inselstraße 10, II.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zur Unterhütungsfrage. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragen. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** 120/1

Große öffentliche Versammlung
 der Schirmmacher und Schirmmacherinnen
 und aller in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
 am Freitag, den 7. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Restaurant Goltz (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Gewerbeberichte. 2. Wahl eines Kandidaten. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.** 2366b

Große öffentliche Versammlung
 der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter
 am Sonntag, den 9. Oktober, Vormittags 10 Uhr
 im Lokale des Herrn Säger, Grüner Weg Nr. 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Ergebnis unserer Statistik. 2. Abrechnung der Agitations-Kommission und Neuwahl derselben. 3. Bericht der beiden Delegirten zur Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlung statt.
Der Einberufer. 183/1

Freie Volksbühne.
 Am 16. Oktober findet im Lesing-Theater eine Vorstellung für die I., am 23. Oktober dieselbe Vorstellung für die II. Abtheilung statt. Zur Aufführung gelangt:
„Nathan der Weise“
 von G. G. Lessing.
 Die Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Rober, Kolonast und Prochtor, der Damen Maria Meyer und Sauer.
 Die Mitglieder werden gebeten, nunmehr die Umwechslung der Karten bei den bekannten Zahlstellen schleunigst zu besorgen, da sie später nur in einer etwaigen III. Abtheilung aufgenommen werden können.
 Käufer in den bekannten Zahlstellen werden noch Umschreibungen und Neuaufnahmen vorgenommen bei den Herren Aug. Penn, Demminstr. 63; Otto Köppen, Gitschinerstr. 109, und Bruno Scheithauer, Mustallienhandlung, Rosenhallerstr. 63/64 vis-à-vis der Auguststraße.
Der Kassirer Julius Türk, SW., Solmsstr. 24. 582/1

Achtung! Zimmerleute. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
 der Zimmerer Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 9. Oktober, Vorm. 10 Uhr,
 in Gratweil's Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Die schlechte Lage im Baugewerbe und deren Folgen. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1892. 3. Wahl eines Kreisvors. 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Zimmerers ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Vertrauensmänner. J. A. E. Obst. 363/1

Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins.
 Sonntag, den 9. Oktober, Vorm. 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Scheffer, Inselstraße 10, II.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zur Unterhütungsfrage. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragen. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** 120/1

Große öffentliche Versammlung
 der Schirmmacher und Schirmmacherinnen
 und aller in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
 am Freitag, den 7. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Restaurant Goltz (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Gewerbeberichte. 2. Wahl eines Kandidaten. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.** 2366b

Berein der Sattler und Tapezierer.
 Filiale Berlin.
Versammlung
 am Sonnabend, 8. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße Nr. 83.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Roland über Glauben und Wissenschaft. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1892. 4. Wahl eines Bevollmächtigten. 5. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** 264/1

Achtung! Müller. Achtung!
Große öffentliche Versammlung. 251/1
 der Müller und Mühlenarbeiter Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 9. Oktober, Nachm. 1 1/2 Uhr,
 in Peter's Salon (Moabitler Gesellschaftshaus), Alt-Moabit 80.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Gewerbeberichte. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zur Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.
 Annahme: Da bereits eine Versammlung über Gewerbeberichte verhandelt und dabei verschiedene Meinungen laut wurden, und wegen zu geringer Betheiligung die Verhandlungen nicht zu Ende geführt wurden, so bitte ich die Kollegen recht zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
 der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter
 am Sonntag, den 9. Oktober, Vormittags 10 Uhr
 im Lokale des Herrn Säger, Grüner Weg Nr. 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Ergebnis unserer Statistik. 2. Abrechnung der Agitations-Kommission und Neuwahl derselben. 3. Bericht der beiden Delegirten zur Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlung statt.
Der Einberufer. 183/1

Freie Volksbühne.
 Am 16. Oktober findet im Lesing-Theater eine Vorstellung für die I., am 23. Oktober dieselbe Vorstellung für die II. Abtheilung statt. Zur Aufführung gelangt:
„Nathan der Weise“
 von G. G. Lessing.
 Die Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Rober, Kolonast und Prochtor, der Damen Maria Meyer und Sauer.
 Die Mitglieder werden gebeten, nunmehr die Umwechslung der Karten bei den bekannten Zahlstellen schleunigst zu besorgen, da sie später nur in einer etwaigen III. Abtheilung aufgenommen werden können.
 Käufer in den bekannten Zahlstellen werden noch Umschreibungen und Neuaufnahmen vorgenommen bei den Herren Aug. Penn, Demminstr. 63; Otto Köppen, Gitschinerstr. 109, und Bruno Scheithauer, Mustallienhandlung, Rosenhallerstr. 63/64 vis-à-vis der Auguststraße.
Der Kassirer Julius Türk, SW., Solmsstr. 24. 582/1

Aufruf!
Deutsche Freidenker und Freidenkerinnen!
 Zur erfolgreichen Fortsetzung unseres seit zehn Jahren geführten Kampfes für die Befreiung des Volkes aus der Nacht des religiösen Wahnes und Aberglaubens beabsichtigen wir die Gründung eines größeren, auch dem Familienleben näher tretenden Freibundes. Aus den engeren Kreisen unserer Bundesangehörigen liegen insolge eines Aufrufes bereits Geldopfer dazu vor. Wir bedürfen aber der Unterstützung aller derjenigen, die gleichen Sinnes mit uns sind, die wie wir das Heil der Zukunft sehen in der Erweckung des Volkes aus den Banden der Unwissenheit und der Gleichgültigkeit gegenüber den religiösen und sozialen Fragen, welche uns als die wichtigsten Probleme der Zeit auf Schritt und Tritt entgegenreten.
 Deshalb fordern wir hiermit alle unsere Freunde und Freundinnen auf, uns ihre materielle und moralische Unterstützung zuzuwenden und sich, soweit die Verhältnisse es ihnen erlauben, unserem Bunde anzuschließen. **Reichthum ohne Opfermuth und Hingabe an eine gute Sache.**
 Unser vorläufiges, monatlich erscheinendes Bundesorgan „Correspondenzblatt des deutschen Freidenkerbundes“ ist durch die Post (Postliste Nr. 14299, Nachtrag 15) oder unter Kreuzband für 50 Pf. pro Quartal zu beziehen. Der Jahresbeitrag als Bundesmitglied beruht auf Selbstentscheidung, beträgt aber wenigstens 3 M., wogegen das Bundesorgan unentgeltlich erfolgt. Anfragen, Anmeldungen und Geldsendungen beliebe man zu adressiren: **Redaktion des Correspondenzblattes des deutschen Freidenkerbundes, Köpenickerstraße 12.** 3094/1
Der Vorstand des deutschen Freidenkerbundes.

Militärvorlage und Steuerpläne.

Gegen den „unpopulären militärischen Betrachter“, der bekanntlich die zweijährige Dienstzeit heftig bekämpft hat, wendet sich in höherem Auftrag der erste in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eröffneten Artikelreihe: „Militärpolitische Betrachtungen“. Für die Regierungen, führt das offizielle Blatt aus, liegt die Sache so: „Ist eine erhebliche Verstärkung unserer Wehrkraft möglich, ohne auf die zweijährige Dienstzeit einzugehen? Würde das Reich die wirtschaftlichen und finanziellen Kosten einer erheblich erhöhten Wehrtrufstellung bei dreijähriger Dienstzeit der Fußtruppen tragen können? Es kommt nicht darauf an, einen hohen Friedens-Präsenzstand mit der Mindestzahl von Ersatzstellungen zu erhalten, sondern so vielen Wehrtruf eine genügende Ausbildung zu geben, daß Friedens- und Wehrtruf zusammen diejenige Kriegsmacht ergeben, welche die politischen Verhältnisse fordern. Bei es hierzu nötig, jährlich eine gewisse Zahl von Wehrtrufen einzustellen so würde zweifellos die Friedensstruppe bei dreijähriger Dienstzeit jährlich ungefähr ein Drittel mehr kosten, als bei zweijähriger. Es liegen sich die Mittel und Wege finden, die Ausbildung intensiver so zu steigern, daß bei zweijähriger Dienstzeit im ganzen dasselbe Ergebnis für die Kriegsmacht erreicht werde, wie bei der jetzigen dreijährigen Dienstzeit. „Wir stehen“, heißt es dann, „in dieser Beziehung auf demselben Boden, wie die preussische Militärverwaltung in der Konfliktzeit.“ Es werde Aufgabe der Heeresverwaltung sein, wenn die nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt würden, ihr die Mittel und Wege zur Regelung dieser Sache zu finden. Daß dieser Aufgabe die Regierungen verurtheilt, liegt auf der Hand. Der Kern dieser aus dem Reichslangjahr kommenden Vorlage ist: Zweijährige Dienstzeit unter allerlei bedenklichen Einschränkungen, ohne Entlassung der Steuerzahler und Wehrfähigen, ohne furchtbare Erhöhung des Kriegsbudgets zur Durchführung dieser „Reform“, die mehr Soldaten und mehr Geld kostet.

Späthast ist es, wenn der capriciöse Geist der „Norddeutschen“ sagt: „Am meisten überrascht uns die Behauptung (der „Kreuz-Zeitung“), daß die Verlängerung der Dienstzeit bei den Fußtruppen, weil eine Forderung der Gerechtigkeit, die Verabfolgung der Ausbildungsperiode auch bei den berittenen Waffen auf zwei Jahre zur Folge haben werde. Kann es, wenn in diesen Dingen der Begriff Gerechtigkeit überhaupt eine Stätte hat, etwas Ungerechteres geben, als die Zusammenziehung unserer Infanterie aus einem Theil, der ungefähr drei Jahre dient, und einem andern, der es nicht auf zwei Jahre bringt, den Einjährigen, den Volksschullehrern und den Erfahrungsernen mit ihren zehn Wochen?“ In der That, ein erschütterndes Wort! Im Militarismus hat die „Gerechtigkeit keine Stätte“, sondern die Klassenhaft die Söhne der Reichen nach dem Einjährig-Freiwilligen-Jahre nicht nur für Kriegsdienst, sondern auch für bescheidene zum Offiziersdienst hält, die Proletarier, die Kleinen Leute aber, obwohl ein Bauerrecht oder Handwerkerrecht viel gewandter ist, als ein auf der Schulbank oder in der Kneipe gewandelter Bourgeoisprolet, drei Jahre und länger bei der Wehrkraft bleiben müssen.

Die „unpopulären militärischen Betrachtungen“ der „Kreuz-Zeitung“ sind ausgezeichnet durch ihre schneidenden witzigen Aufgeklärtheit. Man höre (Ar. 467 vom 6. d. M.): „Hier und da wird vorgeschlagen, daß man einen Theil der Wehrfähigen Stellen aus dem Unteroffizier-Korps ersehen könnte. Man darf hoffen, daß dieses nur Vorrede bleiben; denn selbst der freisinnige Oberlehrer, freisinnige Richter, Beamte und selbst der demokratische Arzt werden sich mit Hand und Fuß gegen eine Vermischung ihrer Genossenschaft mit den subalternen Klassen wehren. Sollen nur die Offizierskorps gut genug dazu sein, sich durch Subalternen verhärtet zu lassen? Und doch lehrt die Geschichte, daß nichts die Truppe höher bringt, als die Güte und der Geist des Offizierskorps. Daß dieses wächst mit der Homogenität (Gleichartigkeit) desselben, ist eine Thatsache. . . . Der Geist des preussischen Offizierskorps ist eine Sonderblüte, an der man sicher nicht ohne Gefahr für ihr Gedeihen experimentieren dürfte.“ Ton und Auffassung klingen lebhaft an die Denkwürdige des preussischen Militärabteils von 1806: der gleiche Hochmuth, dieselbe selbstlose Bescheidenheit und die gleiche Unabgängigkeit. Die „Sonderblüte“ duftet nur den Bevorrechteten, das Pöbelvolk soll dienen und gehen. Als ob nicht ein tüchtiger Unteroffizier mehr bedeutet für die Schulung und Zucht der Mannschaft, als ein Tölpel jugendlicher Wehrfähiger von Reutenants, die von der Kadettenschule weg ins Heer eintreten? —

Die „konservative Korrespondenz“, das amtliche Organ der Konservativen, veröffentlichen an der Spitze ihrer letzten Ausgabe eine ihr von „einem hochangesehenen Parlamentarier“ zugegangene Zuschrift, in der es u. a. heißt: „Die konservative Partei steht unbedingt auf dem Boden der Reichsverfassung; sie verlangt die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Artikels 69, wonach jeder wehrpflichtige Deutsche die Verpflichtung hat, die Wehr drei Jahre der siebenjährigen Dienstzeit im lebenden Heere bei den Fahnen zu dienen. Bei der Infanterie ist jedoch hauptsächlich diese Dienstzeit bei den Fahnen auf den Durchschnitt von zwei Jahren und zwei Monaten herabzusetzen. Wenn nun hervorragende militärische Autoritäten in ihrer großen Mehrheit die Ausbildung der Infanterie in zweijähriger Dienstzeit bei den Fahnen für ausreichend erachten, so würden wir keinen Anlaß haben, einem solchen sachverständigen Urtheil entgegenzutreten. Die Aufrechterhaltung der Bestimmungen der Verfassung ist dagegen schon mit Rücksicht auf die Spezialwaffen — die Kavallerie und die Artillerie — unbedingt notwendig. Die Konsequenz einer nur zweijährigen Ausbildung der Infanterie würde einmal sein: die Möglichkeit der Einstellung einer entsprechend größeren Zahl von Mannschaften und nach den bisher, auf Grund eingehender Versuche bei verschiedenen Regimentern gemachten Erfahrungen ein erhöhter Bedarf an Unteroffizieren und Offizieren. Daraus resultirt aber ein zweifellos nicht unerheblicher, dauernder finanzieller Mehraufwand.“ Diese Verfassungsgemeine der Junker ist wirklich so rührend wie gewinnreich. Daß die jetzigen Heereseinrichtungen, so reaktionär sie sind, verewigen wollen, liegt in der Natur der Sache. Dann heißt es: „Die Landwirtschaft trägt in erster Reihe — und sehr viel schwerer als die anderen Klassen der Bevölkerung — die Wehrkosten jeder numerischen Verstärkung der Armee. Wir fügen noch hinzu, daß die Truppen, die auch fernherhin drei Jahre bei den Fahnen zu bleiben haben werden — Kavallerie und Artillerie — fast ausschließlich aus der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung sich ergänzen. Dann aber läßt sich auch leider nicht in Abrede stellen, daß die unbedauerliche Wirkung hat, die jungen Leute zu verewigen, in den Städten zu verbleiben, was bei dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande von nicht zu unterschätzender Bedeutung

ist. Trotz dieser nicht wegzuleugnenden Thatsachen wird die konservative Partei der Militärvorlage mit derjenigen Opferwilligkeit gegenüberzutreten, die sie stets bewiesen hat.“ Die „Landwirtschaft“ bedeutet für die Agrarier nicht etwa das wirklich nothleidende und durch den Heeresdienst schwer geschädigte Landvolk, sondern die Junkershaft. Häßlich ist die Klage über die Städte, die den Landarbeiter das heimische Landparadies vergessen machen. Die Opferwilligkeit der Krantbarone auf Kosten der großen Masse ist der Gipfel der Unverschämtheit. „Wir werden“, sagt eisenförmig der Parlamentarier der „Kons. Korresp.“, „die Militärvorlage lediglich beurtheilen unter dem Gesichtspunkte eines für die Sicherheit des Vaterlandes nothwendigen Opfers.“ Opfer wird dargebracht vom Blut und Gut des und der Götze, dem geopfert wird, ist der Götze der Reaction.

Von der Cholera.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Nachdem die schon in früheren Cholera-Epidemien gewonnene Erfahrung, daß die Schiffer mit ihren Familien der Cholera-Erkrankung besonders ausgesetzt sind, in den letzten Wochen mannigfache Bestätigung gefunden hatte, ist von der im Kaiserlichen Gesundheitsamt errichteten Cholera-Kommission die Ausarbeitung einer die eigentümlichen Lebensverhältnisse der Schifferbevölkerung berücksichtigenden Belehrung über die geeigneten Schutzmaßregeln gegen Cholera beschlossen worden. Dieselbe ist nunmehr als Ergänzung des Ende August aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt unter dem Titel: „Schutzmaßregeln gegen die Cholera“ hervorgegangen, für weitere Kreise bestimmten Flugblattes hergestellt worden und soll demnächst unter den Schiffern verbreitet werden. Das neue Flugblatt, welches im Verlag von Julius Springer erschienen ist, Preis 5 Pfennige, 100 Exemplare 2 M., 1000 Exemplare 15 M., hat folgenden Wortlaut:

Wie schützt sich der Schiffer vor der Cholera?
(Ergänzung zu den „Schutzmaßregeln gegen Cholera“, zusammengestellt im Kaiserlichen Gesundheitsamt.)
Schiffer sind mit ihren Familien der Cholera besonders ausgesetzt. Durch die Beachtung nachstehender Regeln kannst Du Dich in wirksamer Weise vor der Cholera schützen.

1. Das Choleraeragist findet sich häufig im Wasser, mit welchem Dein Verus, z. B. beim Staken, Rudern, Einholen der Tane und Retten Dich vielfach in Berührung bringt. Auch wenn dies Wasser ganz klar ist und gut schmeckt, kann das Choleraeragist darin enthalten sein.
2. Trinke daher niemals Wasser aus Kanälen, Flüssen und Seen; benutze dasselbe aber auch nicht zum Waschen der Hände und des Gesichtes, zum Spülen des Geschirrs und der Trinkgefäße noch zum Aufwischen des Wohnraums. Hüte Dich, Gegenstände, die mit solchem Wasser in Berührung waren, oder die Du mit nassen Händen angefaßt hast (Zigaretten, Pfeifen z. B.) zum Munde zu führen.
3. Nimm zum Trinken, Waschen und Spülen nur unverdächtig Wasser aus guten Brunnen und Wasserleitungen. Bei den Schleusen und Kontrollstationen sind die Entnahmestellen zu erfragen oder schon kenntlich gemacht.
4. Halte an Bord gutes Wasser in einem zugedeckten Gefäß von ausreichender Größe (Tonne, Eimer).
5. Bist Du aus Mangel an unverdächtigem Wasser gezwungen, aus dem Fahrwasser zu schöpfen, so benutze dies Wasser nur, nachdem es mehrere Minuten lang gelocht ist.
6. Vor dem Essen reinige stets die Hände gründlich mit Wasser und Seife! Noch besser ist die Desinfektion mit fünfprozentiger Carbolsäurelösung, durch welche sich z. B. auch Aerzte und Krankenschwäger schützen.
7. Verunreinige das Wasser nicht durch Ausleerungen und halte auch Deine Angehörigen davon ab. Benutze zur Vermeidung der Nothdurft besondere Gefäße, in welche zuvor Kalzmilch, die an den Kontrollstationen ausgeheilt wird, geschüttet worden ist.
8. Vermeide jedes Uebermaß im Genuss von Speisen und Getränken, entnimme die Lebensmittel nur aus zuverlässig reinlichen Verkaufsstellen und schütze Dich durch zweckmäßige Kleidung vor Erkältungen. Halte Deine Kabinen reinlich sauber; geniesse alle Nahrung (besonders Milch) wünschlich nur in gekochtem Zustande. Vermeide den Verkehr mit choleraverdächtigen Personen und in unzureichenden Lokalen.
9. Bei Erkrankungen, insbesondere an Durchfall, Leibschmerz, und Erbrechen, wende Dich sofort an den nächsten Arzt. Ausleerungen so Erkrankter dürfen unter keinen Umständen in das Wasser gelangen.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 5. bis 6. Oktober, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungen- und Todesfälle:

Staat und Bezirk	Ort	Datum:							
		2./10.	3./10.	4./10.	5./10.				
		erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben				
Hamburg.	Hamburg.	26	12	43	9	30	11	21	6
Preußen:									
Schleswig.	Altona.	1	5	3	5	6	4	3	—
	Neudorf.	—	—	—	—	—	—	—	2
	Stettin.	—	1	—	1	—	—	—	2

Verzinselte Erkrankungen:
Regierungsbezirk Stettin: in der Stadt 1 Todessfall.
Regierungsbezirk Stade: in je 1 Ort der Kreise Jork und Rehdingen 1 Todessfall.
Stadt Berlin: 1 Erkrankung.
Regierungsbezirk Potsdam: in 1 Ort des Kreises Niederbarnim 1 tödtlich verlaufene Erkrankung.
Hamburg, 6. Oktober. Amtlich werden 21 Cholera-Erkrankungen und 8 Todesfälle gemeldet; davon entfielen auf gestern 11 Erkrankungen und 5 Todesfälle. Der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 21 Kranke und 1 Leiche.
Pest, 6. Oktober. Im Laufe des gestrigen Tages sind 40 Cholera-Erkrankungen und 17 Todesfälle gemeldet worden.
Lemberg, 5. Oktober. Die bakteriologische Untersuchung hat ergeben, daß bei den in Bankowice (Bezirk Trodn) Kronowitz (Bezirk Pryemysl) Uince (Bezirk Sniatyn) und Mielce unter choleraverdächtigen Umständen erkrankten Personen nirgends asiatische Cholera vorliegt.

Amsterdam, 5. Oktober. Aus Drumpt, Gemeinde Badenooten, werden zwei Erkrankungen an Cholera und ein Todesfall gemeldet; aus Zeterwoude eine Erkrankung, aus Wffelstein ein Todesfall, aus Westensgraaf eine Erkrankung, aus Barik zwei Erkrankungen und ein Todesfall, aus Nootstille, Gemeinde Naktorpelen, eine Erkrankung aus Rotterdam eine Erkrankung. Der Wochenbericht des Ministers des Innern konstatiert 45 Todesfälle an asiatischer Cholera.

Paris, 6. Oktober. Gestern wurden hier 27 Erkrankungen und 9 Todesfälle an Cholera gemeldet; in den Hospitälern der Stadt Paris befinden sich 167 Choleraerkrankte.

Kouen, 6. Oktober. Hier sind gestern 4 Erkrankungen und 1 Todesfall an Cholera vorgekommen; 13 Kranke befinden sich im Hospital.

Athen, 6. Oktober. Der Sanitätsrath hat für Passagierschiffe aus Oesterreich-Ungarn eine elfstägige Quarantäne, für Schiffe ohne Passagiere eine fünfstägige Beobachtung beantragt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 6. Oktober, Nachmittags 5 Uhr.

Bürgermeister Zelle hat die Wahl zum ersten Bürgermeister angenommen; die Bestätigung wird nunmehr nachgefragt werden.

Stadtrath Köstel lehnt die Wiederwahl zum Stadtrath vom 1. Januar 1893 ab.

Die Versammlung setzt zunächst die Erörterung der Petition von Bey und Genossen fort, betreffend die Verbreiterung der Potsdamerstraße bis zur Lühowstraße unter Beseitigung der Vorgärten.

Bereits am 4. Juni 1891 hat die Versammlung aus Anlaß eines Antrages Vortmann beschlossen, den Magistrat um eine Vorlage wegen Verbreiterung des Fahrdammes der Potsdamerstraße vom Potsdamer Thor bis zur Lühowstraße, sowie wegen Neubaues der Potsdamerbrücke zu ersuchen. Der Petitionsausschuß empfiehlt, unter Aufrechterhaltung dieses Beschlusses die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

In der vorigen Sitzung hatte Stadtv. Löwel beantragt, die Verathung auszuheben und zunächst den Magistrat um Aufstellung eines Kostenanschlages für die bezügliche Verbreiterung zu ersuchen.

Stadtv. Plischke hält den Ankauf von Häusern im oberen Theil der Potsdamerstraße vom Potsdamer Thor bis zur Potsdamer Straße entgegen dem Stadtv. Löwel zur Verbreiterung der Straße nicht für notwendig und auch kaum für denkbar und bittet um Annahme des Auswahlantrages, ebenso

Stadtv. Bohgemuth, der darauf hinweist, daß nicht die Verbreiterung der Straße, sondern die des Fahrdammes derselben in Frage steht. Durch die Beseitigung der Vorgärten würden 5 Meter auf jeder Seite der Straße gewonnen. Von der durch Ueberbrückung des Kanals im Zuge der Röhrenstraße zu erwartenden Entlastung der Potsdamerstraße könne man sich genügende Abhilfe nicht versprechen.

Der Auswahlantrag wird nach Ablehnung des Antrages Löwel angenommen.

Für das Krankenhaus am Urban hatte der Magistrat unterm 29. August die Nachbewilligung von 7400 M. für bauliche Unterhaltungsarbeiten nachgefragt. Die Versammlung hatte einen Ausschuß für die Prüfung dieser Vorlage und zur Untersuchung darüber eingesetzt, woher es komme, daß bei diesem erst vor einigen Jahren in Betrieb genommenen Krankenhaus schon so umfassende, in den Rahmen der gewöhnlichen Unterhaltung nicht unterzubringende Reparaturen notwendig seien, bezw. ob hier ein Verschulden der Unternehmer oder der Bauverwaltung zu Grunde liege. Bei der Beschäftigung durch den Ausschuß hat sich u. a. ergeben, daß die Erneuerung des Fußbodens in der Waschküche, wofür 1170 M. gefordert werden, bereits ausgeführt ist. Der Ausschuß bedauert, durch dies Verfahren gezwungen zu sein, mit etwaigen Verbesserungsvorschlägen zurück zu halten, empfiehlt aber im Uebrigen die Annahme der Magistratsvorlage.

Die Versammlung tritt ohne Debatte dem Auswahlantrage bei. Zur vorläufigen Kenntnisaufnahme hat der Magistrat der Versammlung ein Prospektblatt nebst Erläuterungsbericht übersandt, aus welchem das Wesentliche über die bisherigen Verhandlungen und Vorschläge betr. die Umgestaltung der Straße unter den Linden zu entnehmen ist. Die erwähnten Verhandlungen haben seit April d. J. geruht. Nach dem Erläuterungsbericht hat das Polizeipräsidium aus Verkehrsrücksichten eine Anordnung empfohlen, welche die Beibehaltung der äußeren Baumreihen unmöglich machen würde. Mit einer Anordnung aber, die schließlich dazu zwingen würde, nur je eine Baumreihe auf jeder Seite der Promenade bestehen zu lassen, erklärt der Magistrat nicht einverstanden sein zu können, da eine solche ihm weder aus ästhetischen Gründen empfehlenswerth erscheint, noch auch mit dem der ganzen Bevölkerung der Stadt liebgeordneten Bilde jener Hauptstraße in Einklang stehe.

Auf Antrag des Stadtv. Giese, der die Beseitigung des Reitweges für notwendig hält, um zu einer zweckentsprechenden Umgestaltung der Straße zu gelangen, und in dieser Forderung von den Stadtv. Kuhlmann und Sachs 1 unterstützt wird, überweist die Versammlung die Vorlage einem Ausschuß.

Für den Neubau der dreifachen Schule Stephanstraße 25/26 werden nach kurzer Debatte weitere 100 000 M. zur Verfügung gestellt und der Kostenanschlag mit 783 000 M. genehmigt.

Zur Unterbringung der bisher im Miethshaus Brunnenstraße 78 befindlichen 100. Gemeindegemeinschaft soll ein neues Doppel-Schulgebäude errichtet und dazu ein unbebautes, der „Vangelschule Humboldtthain“ gehöriges Grundstück an der Straße 36 a für 259 400 M. erworben werden. Die bezügliche Vorlage wird einem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die Verhandlung des Antrages der Stadtv. Stadthagen u. Gen.:

Den Magistrat zu ersuchen, die für eine geordnete ärztliche Untersuchung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Gemeindegemeinschaft erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Stadtv. Meyer 1 beantragt, den Antrag Stadthagen dem Magistrat mit dem Ersuchen mitzutheilen, denselben der Deputation für öffentliche Gesundheitspflege zu überreichen und von dem Ergebnis der Erörterungen f. Z. der Versammlung Mittheilung zu machen.

Stadtv. Spinoia beantragt, den Magistrat zu ersuchen, zunächst ein Gutachten dieser Deputation über den Antrag zu erfragen.

Antragsteller Stadtv. Stadthagen: Der vorliegende Antrag ist ja kein neuer; er ist schon vor zwei Jahren, wenn auch in etwas anderer Form, von uns eingebracht worden. Wir bringen ihn jetzt wieder ein, weil inzwischen Stichhaltiges nicht

gegen ihn vorgebracht ist, man ihn vielmehr damals bloß als nicht oportunität bezeichnet, andererseits weil er gerade jetzt notwendig scheint, mit der allerhöchsten Schlemmigkeit vorzugehen, daß der Gesundheitszustand, der jetzt vielleicht ein einigermaßen leidlicher ist, nicht ein unheilbarer wird, wenn infolge der wirtschaftlichen Krise und der elementaren Ereignisse, welche große Teile Deutschlands betroffen haben, der Nothstand in Berlin noch viel größer werden wird, als er im vorigen Winter war. Die Epidemie, welche Hamburg ergriffen hat, wird ja wohl nicht ihren Eingang in Berlin halten, jedenfalls nicht erheblich um sich greifen; aber einen anderen Gift könnten wir hierher bekommen, den Hungertypus. (Gelächter.) Wenn Sie darüber lachen wollen... (Großer Lärm und stürmische Unterbrechungen.) Der Herr Kollege dort hat vielleicht die Güte, seine unartikulirten Laute nachher von dieser Stelle aus... (Neue stürmische Unterbrechungen; Vorsteher Stryp rufft den Redner wegen des Ausdrucks „unartikulirte Laute“, den dieser nicht zurücknehmen will, zur Ordnung.) Jeder, der Kopf und Augen an der richtigen Stelle hat... (Amdaneude Zwischenrufe, die die folgenden Ausführungen nur zum Theil auf der Tribüne verständlich werden lassen.) Wenn Sie nicht zuhören wollen, steht es Ihnen frei, hinauszuweichen (Stürmischer Widerspruch und Aufregung. Vorsteher Stryp: Ich muß doch bitten, daß Sie die Redefreiheit respektiren!) Wer offenen Kopf und offene Augen hat, und einigermaßen lesen will, weiß, daß amtlicherseits in Hamburg bereits zugegeben ist, daß der Hungertypus seinen Eingang gehalten hat. (Rufe: Nein!) Mit Nein schaffen Sie die Sache nicht aus der Welt, versuchen Sie doch nicht, ähnlich wie in Hamburg, ein solches Uebel zu verurtheilen! (Fortgesetzt großer Lärm.) In Hamburg sind jetzt mindestens 50000 Menschen außer Arbeit; wenn nicht die Cholera, so kann also sehr wohl von dort aus in Verbindung mit dem großen Nothstand, der sich hier entwickeln wird, der Hungertypus sich einfinden. Der Antrag ist dadurch besonders dringlich geworden, weil die Verhältnisse außerordentlich schlimm zu werden drohen. Ist unsere Besorgniß unbegründet, desto besser, aber Vorkehrungen zu treffen, ist jedenfalls nöthig, um uns vor einer Kalamität wie in Hamburg zu bewahren. Derartige Sachen sollten Sie mit allem Ernst behandeln und es unterlassen, sich auf's hohe Pferd zu setzen und darüber zu lachen. (Zwischenrufe.) Wer sich getroffen gefühlt hat, hat wohl eben geantwortet. (Feierlich.) Bei der Beratung vor zwei Jahren erklärte Stadtschulrath Beckmann, es sei den Lehrern durch besondere Vorchrift untersagt, aus der Schule zu plaudern, an dritte Personen über die Schulverhältnisse zu berichten. Dieser Umstand erscheint erheblich die Geminnung von Material. Ich bin nun trotzdem in der Lage, eine große Anzahl Mißstände vorzuführen; nebenbei glaube ich, daß diese angeblich sehr zweckmäßige Bestimmung des Magistrats den Prinzipien der Selbstverwaltung vollständig ins Gesicht schlägt. (Unter großem Lärm der Versammlung rufft der Vorsteher den Redner für diese Neuerung zur Ordnung. Rufe: Zum zweiten Male!) Also Sie können bis zwei zählen... (Erneute andauernde Unterbrechungen. Vorsteher Stryp: Wenn Sie fortfahren, in dieser Weise die Versammlung zu belästigen, muß ich Ihnen das Wort entziehen!) Herr Vorsteher, bis jetzt glaube ich, der Redner hat Anspruch auf Schutz durch Sie gegen Unterbrechungen; ich meine, man soll nicht versuchen, demjenigen, der sich gegen sorgföhrte Invektiven verwehrt, zu sagen, er habe Unrecht. (Vorsteher Stryp: Es sind keine Invektiven gegen Sie gesprochen worden; es sind Unterbrechungen gewesen, die auch ich bedauere, ich konnte sie aber nicht hindern.) Herr Vorsteher macht ja die Anführung von Thatsachen sehr schwer; aber ich verweise doch darauf, daß eine ganze Anzahl Schulklassen vor ganz kurzer Zeit geschlossen worden sind aus Furcht vor der Cholera und ähnlichen Krankheiten. Die Hauptfrage ist ja übrigens: Welche Verpflichtungen haben wir gegenüber der Gesundheit der Gemeindefchüler? Die Pflicht, hierfür zu sorgen, folgt schon formal aus dem Grundsatz des Schulzwanges; es darf nichts geschehen oder zugelassen werden, was die Gesundheit der Kinder beeinträchtigt. Beim Militär wird diese Verpflichtung ja auch erfüllt, und niemand wird so unbillig sein, die Sorge für seine Gesundheit dem Soldaten selbst zu überlassen. Derselbe Verpflichtung wird ferner auch vom Standpunkte des Unterrichts diktiert: Mens sana in corpore sano! Mich persönlich leitet aber darüber hinaus der Gedanke, daß wir im äußersten Nothe für die Kinder zu sorgen verpflichtet sind, wenn es noch thun sollte, sie auch zu nähren und zu kleiden (Lachen). Die gesellschaftlichen Zustände sind vielfach dergestalt, daß die Familien das nicht vermögen. Ein Arbeiter schreibt mir, daß er dem ärmsten Elend verfallen ist; er wohnt mit 9 Kindern in einem Raum auf Stroh, die Schulbücher sind abgepfändert (Gelächter) — ich habe Excusationen eingezogen, die Sache ist richtig; die Adresse steht Ihnen zur Verfügung. Muß nicht jeder von Ihnen der Ansicht sein, daß mindestens in solchen Fällen die Gemeinde einzutreten hat? Ich erinnere weiter an die theilweise horrenden Ueberfüllung der einzelnen Klassen. In der Prinzen-Allee 62/63 hat der Magistrat eine Schule mit 150 Knaben nichtweise untergebracht. Für die Schüler sind allerdings besondere Klosets vorhanden; aber die dankenswerthe Arbeit der freiwilligen Sanitätskommission, die sich bekanntlich zusammengehangen hat, hat horrenden Zustände auf diesem Grundstücke ans Licht gezogen. In dem Hause sind 110 Miether und eine Destillation, aber nur drei kleine Klosets vorhanden! Solche Zustände dürfen nicht eintreten. Wie vorgezogen ist, um den Zweck des Antrages zu verwirklichen, das ist ein Gegenstand sehr verschiedener Auffassung; wir halten für zweckmäßig, eine Kommission einzusetzen. Es wäre eine Einrichtung zu schaffen, welche auch dem Patenelement bedeutenden Raum gewährt, eine Einrichtung ähnlich den Vorleser Gesundheitsämtern mit besonderer Berücksichtigung der Schule. Auch die Ursachen der Krankheiten müßten durch diese Kommission erforscht werden; sie müßte auch in die Häuser gehen, in die Wohnungen eindringen dürfen, um die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse vorzunehmen. Die Vermehrung der Schulen hätte in schnellerem Tempo zu erfolgen; dem Antrag, daß die zarten Kinder zum Ausfragen von Backwaren und Zeitungen mißbraucht werden, müßte ein Ende gemacht werden. Es müßte auch erwogen werden, ob nicht Schulkantinen zu errichten wären, die frühlich und Mittagbrot verabreichen (Widerpruch). Sie wären nicht die ersten, die das thun würden, in Frankreich sind solche segensreichen Einrichtungen vorhanden. Der Kostenpunkt darf uns nicht abschrecken, für 10 bis 20 Pfennige ist Mittagbrot herzustellen, und im allerhöchsten Falle könnten sich dann die gesamten Ausgaben auf 70—77 M. für den Kopf belaufen, gegen 47—49 M.; die die Stadt schon jetzt für den Gemeindefchüler ausgeben muß, und gegen 94 M. pro Kopf der Schüler der höheren Anstalten. Der Widerspruch der Rechten im Anfang meines Vortrages stammte gemiß von dem Unbehagen, welches gewisse Mitglieder bei der Diskussion eines sozialdemokratischen Antrages empfinden, und ich gebe zu, daß die Gesundheitsämter, wenn sie richtig funktionieren, die Erkenntniß gewinnen und weiter tragen können, daß die mangelhaften hygienischen Verhältnisse den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen, daß diese der Aenderung vor allem bedürfen. Ueberweisen Sie unseren Antrag nicht der Deputation, das ist ein zu großer Umweg, sehen Sie eine Kommission von 15 Mitgliedern ein, und sehen Sie bei der Beschlußfassung von allen politischen Motiven, allen Velleitäten ab, kommen Sie auch uns entgegen!

Stadtschulrath Vertam: Der heutige Augenblick ist für den Antrag noch weniger oportunität, als der vor zwei Jahren. Gerade jetzt, in dieser gefährlichen Zeit, haben sich die sanitären Verhältnisse unserer Schulen glänzend bewährt. Nach der Begründung sollen unsere Gemeindefschulen zu Armeenschulen gemacht werden. Die armen Kinder bilden in den Gemeindefschulen die Minorität; unsere Gemeindefschulen waren keine Standeschulen, würden aber durch den Antrag

wieder zu solchen gemacht werden. Die Entlassung ganzer Klassen hatte nicht ihren Grund in mangelhaften sanitären Verhältnissen der Schulen, sondern war eine vielleicht weit getriebene Vorkehrungsmaßregel, aus diesen 8 bis 10 Häften die Nothwendigkeit der Unterweisung des Gesundheitszustandes der Schüler herzuleiten, ist geradezu eine Verlehrung der Begriffe. In der Prinzen-Allee 62/63, einem sehr großen Grundstück, ist gar keine Gemeindefschule, sondern eine höhere Bürgerfchule, und zwar durchaus zweckentsprechend, untergebracht. Die Ueberfüllung der Klassen nimmt erstens ab; die jetzige Frequenz ist keineswegs gesundheitlich. Aus der Unmöglichkeit des Unterrichts darf man nicht folgern, daß die Schulverwaltung das Recht hat, die Kinder ängstlich dauernd zu überwachen, die Wohnungen der Eltern zu untersuchen u. s. w. Wir brauchen die Einrichtung der Schulärzte, wie sie anderswo besteht, deswegen nicht, weil unsere Zustände im allgemeinen normal sind. (Lebhafte Zustimmung.) Den Antrag pure abzulehnen, würde das Wichtigste sein, denn sonst könnte der Schein entstehen, als ob unsererseits es an der nöthigen Sorgfalt fehle. (Beifall und Handklatschen.)

Stadtv. Meyer I würde es trotz der Euphorie, mit der der Schulrath geschlossen, für einen schweren Fehler halten, wenn die Versammlung einfach über den Antrag zur Tagesordnung überginge. Der Antrag habe einen berechtigten Kern, wenn auch die Begründung an den bekannten Ueberlieferungen gelitten. Den Antragstellern liege es überhaupt an einer dauernden Kontrolle des Gesundheitszustandes der Gemeindefchüler; das sei ein erstrebenswerthes Ziel für alle, die hierbei mitzusprechen hätten. Da seit zwei Jahren in der Sache nichts geschehen sei, müsse man ihr jetzt näher treten, am besten auf dem Wege des Antrages des Redners, wodurch das nöthige patriotische Material für die weitere Erörterung gewonnen werden würde. Danach würde zweckmäßig ein Ausschuss einzusetzen sein.

Stadtv. Spinala will für die „oratorischen Ergüsse“ des Antragstellers die Sache nicht bähnen lassen, hält aber den Antrag in der vorliegenden Form für unklar und unannehmbar. Da man aber nun einmal in Zeitalter der öffentlichen Gesundheitspflege lebe, so müsse man auch diesem Antrage einen berechtigten Kern zuerkennen, auch die Frage der Schulärzte, die übrigens schon früher ventilirt sei, nochmals erörtern. Zunächst aber würde es sich um ein Gutachten der Gesundheitspflanz-Deputation zu handeln haben.

Die Debatte wird geschlossen.

In Schlusswort erklärt Stadtv. Stadthagen Meine Ausführungen haben zu den patriotischen Schlussworten des Stadtschulraths gar keine Veranlassung gegeben. Ich habe nur nackte Thatsachen angeführt, die ich durchaus aufricht erhalte. Von einer Verlehrung der Begriffe kann ich nichts entdecken. Der Schluss der Klassen ist doch erfolgt, weil man eben nicht im Stande war, den Gesundheitszustand genau festzustellen. In der Prinzen-Allee handelt es sich allerdings um eine höhere Bürgerfchule, das ist aber doch ein ganz unwesentlicher Unterschied; ich habe übrigens nur von einer Schule gesprochen. Wir haben gar nichts dagegen, daß die Einrichtung auf alle Schulkinder ausgedehnt wird, wir haben nur nach unserer Meinung den Gemeindefchülern gegenüber die größere Berücksichtigung, weil für diese der Schulzwang besteht. Die Größe des Grundstücks in der Prinzen-Allee that gar nichts zur Sache. Die Frage der Armeenschulen läßt sich doch hier nicht erörtern. Ein Recht der Gemeinden zu solchen Einrichtungen muß doch bestehen, da es schon vielfach ausgeübt wird; eventuell wird der Ausspruch der Aufsichtsbehörde abzuwarten sein. Die Ablehnung des Antrages würde allerdings beweisen, daß die die Feststellung des Gesundheitszustandes deswegen fürchten, weil Sie dann die Konsequenzen anerkennen müßten, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nicht genügt. (Schlußrufe und Lärm.) Nehmen Sie den Antrag an, damit für die Kinder thatsächlich etwas geschieht, denn das wünschen wir; vom politischen Standpunkte müßte uns ja die Ablehnung das Allerwünschteste sein.

In der Abstimmung wird der Antrag Meyer, zu dessen Gunsten der Antrag Spinala jurisdiktion gezogen war, abgelehnt. Es erhebt sich hierauf eine lange und heftige Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob, wie der Antragsteller behauptet, der Antrag, da er eine Geldbewilligung involvire und nicht durch Tagesordnung beseitigt sei, nach der Geschäftsordnung einem Ausschuss überwiefen werden muß.

Stadtv. Spinala will seinen Antrag wieder ansprechen; von anderer Seite wird ein Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung eingebracht. Für letzteren resp. für die Zulässigkeit desselben erklären sich die Stadtv. Neumann und Langenhans, während Stadtv. Friedemann, Cassel und Meyer I den Standpunkt des Antragstellers theilen. Stadtv. Singer macht, entgegen dem Stadtv. Neumann, geltend, daß nach der Geschäftsordnung auch solche Anträge, die eine Geldbewilligung erst in Zukunft nach sich ziehen, Ausschussberatung erfordern, und weist dem Stadtv. Spinala darauf hin, daß er mit der Wiederaufnahme seines Antrages gleichfalls die Geschäftsordnung verletz.

Stadtv. Birchow warnt vor der Zulassung von Anträgen auf Tagesordnung noch während der Abstimmung, empfiehlt im übrigen die Verweisung an einen Ausschuss, ebenso Stadtv. Wohlgemuth.

Die Angelegenheit wird nach Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte ohne besondere Abstimmung einem Ausschuss überwiesen.

Die vom Magistrat vorgelegte spezifizirte Kostenberechnung der elektrischen Beleuchtung im Krankenhaus am Urban ist von einem Ausschuss unter Vorsitz des Stadtverordneten Gymnasialdirektor Schwabe geprüft worden. Ueber die Hauptfrage, die Kosten der elektrischen Beleuchtung für die Privatwohnungen der Ärzte und Beamten, hat eine erschöpfende Aufklärung noch nicht gegeben werden können. Der Ausschuss beantragt:

- 1) Resolution: Den Magistrat zu ersuchen, die Kontrolle über die betr. Kosten fortzusetzen und noch vor der Etatberatung über den Stromverbrauch in den Beamtenwohnungen Auskunft zu ertheilen, im übrigen aber die Beleuchtungskörper, welche sich noch in Wohnungen einzelner Unterbeamten befinden, wo keine Elektricitätsmesser aufgestellt sind, abnehmen zu lassen;
- 2) Antrag: Den Magistrat zu ersuchen, für die Anstellung eines Elektrotechnikers Sorge zu tragen und die Mittel in den Etat für 1893/94 einzusetzen;
- 3) Anfrage: Ist der mit den Berliner Elektricitätswerken vereinbarte Nachtragsvertrag im Sinne der in der Sitzung vom 23. Juni cr. abgegebenen Erklärung des Magistrats (s. Abfassung in einer jedem Interessenten leicht verständlichen Form) abgeschlossen, sodas jeder Zweifel über die Auslegung ausgeschlossen ist?

Sämmtliche Vorschläge des Ausschusses werden angenommen. Die Vorlage, betreffend die Bewährung eines Patronatsbeitrages von 3000 M. zu den Kosten der baulichen Reparaturen am Andreaskirchhof-Gebäude (Anschaffung von 4 neuen eisernen Dejen, Ausbesserung der Dächer und Kirchenfenster der Wände und des Auftrichs, Herstellung von 4 neuen Jalousisensternern im Thurm, Befestigen der Emporentreppen) wird nach dem Antrage des Ausschusses genehmigt.

Der Gemeindevorstand von Neu-Weißensee hat beim Magistrat beantragt, der Gemeinde zum Zwecke der schleunigen Ausführung einer provisorischen Entwässerungsanlage ein Darlehn von 50000 M. gegen mäßigen Zins, sich zu erwähren.

Mit der Ausführung dieser Anlage würden endlich die Mißstände beseitigt werden, welche aus dem Uebergang der Hausabwässer von Neu-Weißensee in die Chausseegräben der Greifswalderstraße sich ergeben haben. Die auf grund

einer Beschwerde des Magistrats von den beteiligten Ministern eingehende Kommission hat den Magistrats-Vorschlag, die Gemeinde-Weissenfee zu veranlassen, die Abwässer an der Reichsbahn abzulassen und vermittelst Pumpe und Druckrohr auf Weissenfee selber zu bringen, gebilligt; die Gemeinde hat sich bereit entschlossen, die Anlage wegen der bestehenden Choleraepidemie sofort auszuführen. Da die Stadtgemeinde ein wesentliches sanitäres Interesse an der schleunigen Herstellung hat, ist bereits seit dem 7. September ein Techniker beauftragt, welcher die Bauausführung leitet. Das Darlehn soll auf 5 Jahre zu 3/2 pCt. gewährt und aus dem Cholerafonds von 800000 M. entnommen werden.

Stadtv. Borgmann: Wir werden die 50000 M. gern bewilligen, fordern aber gleichzeitig gründliche Remedur der hier vorliegenden ungläublichen Mißstände. Die Kalamität dieses Stulgräben wird auf dem Wege der Vorlage nicht beseitigt. Die dort stagnirenden üben Gewässer kommen nicht nur von Weissenfee; die angrenzenden Terrains werden vielmehr vielfach als Müll-, Schutt- und Urath-Abfalldehätte benutzt. Die Gräben haben keinen natürlichen Abfluss und entlassen daher nichts als Schlamm, der, wenn er herausgeschafft wird, einfach auf die Felder geworfen wird, und von dort bei jedem Niederschlage wieder in die Gräben zurückkehrt. Die Gräben müssen gepflastert und an die Kanalisation angegeschlossen werden; es wäre das, was man in der Bevölkerung anzunehmen scheint, auch schon geschehen, wenn nicht gerade der Norden und Osten die Gegend wäre, wo die besitzende Klasse wohnt — und auch die Herren vom Magistrat haben dort nicht ihr Domizil aufgeschlagen. (Unruhe.) Nach längerer Debatte, an der sich Stadtbaurath H. B. und die Stadtv. Birchow und Sachs II beteiligten, wird die Vorlage angenommen.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Als Choleraverdächtig sind seit vorgestern drei Personen in das Moabitler Paradenlazareth eingeliefert worden, darunter zwei, bei denen lediglich Brechdurchfall konstatiert worden ist. Bei der dritten, einem 43jährigen Arbeiter Max Winter, handelt es sich dagegen um asiatische Cholera. Winter war seit mehr als anderthalb Jahren als Korrigende im Arbeitshaus zu Rummelsburg, erkrankte dort gestern unter sehr verdächtigen Erscheinungen und wurde Abends nach 9 Uhr in das Paradenlazareth gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung verstarb. Anlassen ist bei dem Kaufmann Birckhoff aus Butarest, der an cholera nostras gelitten hat.

In dem Fall Winter wird noch folgendes mitgetheilt: Gestern Abend gegen 9 Uhr wurde aus dem Arbeitshaus in Rummelsburg der Sträfling Winter in das Moabitler Paradenlazareth als Cholerafrank eingeliefert, wo alsbald erkannt wurde, daß er im Sterben lag. Trotz energischer therapeutischer Eingriffe um 11 Uhr eines Stunde später verstorben. Da W. im Krankenhause selbst keine choleraartigen Krankheitserscheinungen dargeboten hatte, so konnte es zweifelhaft erscheinen, ob ein Fall von Cholera vorlag. Die gestern Morgen vorgenommene Section hat diesen Zweifel aufgeklärt, indem sich bei der Leiche die typischen Krankheitserscheinungen der Cholera im Darm vorfanden. Es fehlen zur Zeit noch alle Angaben über die Persönlichkeit und das Leben des Verstorbenen. Es ist immerhin möglich, daß er allein gerade sich vor ganz kurzer Zeit irgendwo der Infektion ausgesetzt hat. Zieht man aber in Erwägung, daß die Sträflinge des Rummelsburger Arbeitshauses vielfach zur Arbeit in die Rieselgräber der Stadt Berlin geschickt werden, so muß die Gefahr einer Verfection unserer Rieselwässer in Betracht gezogen werden.

Von anderer Seite wird uns noch gemeldet: An der Leiche des gestern verstorbenen Winter ist heute Mittag noch bedeutender bakteriologischer Untersuchungen Cholera asiatica konstatiert worden und zum ersten Male, in Einzelfälle der Seuche in Berlin vorgenommen, stehen die Leichen des Krankenhauses, sowie die sofort benachrichtigte Polizei einem Räthsel; es hat bis jetzt noch nicht konstatiert werden können, auf welche Weise Winter infiziert worden ist. — Die amtlichen Ermittlungen haben bis jetzt bezüglich der Erkennung des Rummelsburger Korrigenden folgendes ergeben:

Winter war bis zum 18. September d. J. dem Sommer durch auf den städtischen Rieselwässern in Himmelsdorf beschäftigt und kehrte dann mit anderen Korrigenden in die Rummelsburger Anstalt zurück; am 24. September erhielt Winter wegen Vergehens gegen die Disziplin eine Arreststrafe und büßte dieselbe gestern in der Gefängniszelle ab. Er erkrankte in dieser Mittwochs-Nachmittags plötzlich an allen Anzeichen der Cholera asiatica, und so schnell trat die Seuche bei Winter auf, daß um 11 Uhr Nachts, also innerhalb sechs Stunden eine Leiche zu Leide hat aber die unheimliche Krankheit allem Anschein nach noch einen zweiten Korrigenden des Rummelsburger Arbeitshaus ergriffen. Amlich wird uns weiter gemeldet:

Am gestrigen Nachmittage gegen 1/2 12 Uhr wurde der ebenfalls im Rummelsburger Arbeitshaus internirt gewesene Schubert eingeliefert. Derselbe befindet sich seit dem 26. August d. J. in Rummelsburg und sah mit Winter in und derselben Arrestzelle; auch er ist dort erkrankt unter sehr verdächtigen Anzeichen, die leider — wie wir erfahren — Cholera asiatica hindeuten! Doch ist in diesem Falle bakteriologische Untersuchung noch nicht beendet, so daß genaue Feststellung der Krankheit vor heute früh nicht zu erwarten ist.

Verzte und Behörde arbeiten mit angestrengtestem Eifer, die Ursache des Falles Winter — Schubert scheint nur von dem infiziert zu sein — zu erforschen.

Somit ist das Befinden der Cholerafranken in Moabit günstig. Frau Ortmann wird heute entlassen werden; Schubert wurde niemand im Laufe des heutigen Tages geliebert.

Ihren herrlichen Wohlthätigkeitsinn und ihr warmes Herz für die Nothleidenden offenbart die Bourgeoise wieder. Das „Berliner Morgenblatt“ berichtet, daß zahlreiche Familien in Berlin sich eine „Rebeneinnahme“ durch Sammeln von leeren Wichtstöpfen verdienen, und sagt so Mittheilung die hochherzige Mahnung hinzu: „Wisse leicht bewerkstelligt diese Zeilen, daß Hausfrauen, die bisher die leeren Gefäße Müllkästen offeriren, sie künftighin aufbewahren; es wird sehr bald ein armes Kind einfinden, das Verwendung dafür hat. Eine treffliche Selbstkultivatur des bürgerlichen Wohlthätigkeitsinnes!“

Eine Stiche der Gesellschaft. Die Blätter berichten Angeheures Aufsehen erregt in Potsdam die am Dienstag mittag erfolgte Verhaftung des Kaufmanns und städtischen Armenvorsehers für den 7. Stadtbezirk G. Bogen, Rummelsstraße 55 im eigenen Hause wohnhaft, wegen fortgesetzter Diebstähle, an welchen auch seine Ehefrau beteiligt ist. Potsdamer Berichterstatter schreibt auf Grund eingehender Nachforschungen folgende Einzelheiten: Bogen betrieb seit Jahren ein Mehl-, Bortost-, Futter- und Geflügelgeschäft ganz allgemein als gut situirte. Von der Stadtverwaltung wurde Bogen mit dem Ehrenamt eines Armenvorsehers betraut, ohne daß er es indessen verstanden hat, sich bei den seinen Besirkes Sympathien zu erwecken, weil diese über seine Anmaßung und über das Herabsehen ihnen bewilligten Armengeldes klagten. Im vorigen Jahre

